

IEP-Ratifizierungssurvey

Stand: 10. August 2006

Der Stand der Ratifizierungsprozesse zur EU-Verfassung in den Mitgliedstaaten und in den Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien

von William Metzger und Katrin Pecker

Nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden steckt Europa in einer tiefen Krise. Auf dem Europäischen Gipfel im Juni 2005 erklärten einige Staaten ihren Ratifikationsprozess auf unbestimmte Zeit auszusetzen, andere wie Luxemburg, Belgien, Finnland oder die Niederlande haben ihre Ratifizierung fortgesetzt. Um Lösungskonzepte für dieses Dilemma zu erarbeiten ist es notwendig, den bisherigen Stand der Entwicklungen zum Verfassungsvertrag zu kennen.

Dieser Ratifizierungssurvey begleitet den Ratifizierungsprozess in allen 25 EU-Staaten sowie in Rumänien und Bulgarien und gibt dem interessierten Fachpublikum einen Überblick über die Entwicklungen in den einzelnen EU-Staaten. Dabei steht die innenpolitische Debatte sowohl über die Durchführung eines Referendums über den Verfassungsvertrag, als auch der Verfassungsvertrag an sich im Vordergrund. Darüber hinaus zeigt er, soweit möglich, die Akzeptanz des Verfassungsvertrags innerhalb der Bevölkerung auf und gibt einen Überblick über die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten.

| EU-Mitgliedstaat | Seite | EU-Mitgliedstaat | Seite |
|------------------|-------|-----------------------|-------|
| Belgien | 2 | Malta | 19 |
| Bulgarien | 2 | Niederlande | 19 |
| Dänemark | 4 | Österreich | 21 |
| Deutschland | 5 | Polen | 22 |
| Estland | 7 | Portugal | 24 |
| Finnland | 8 | Rumänien | 25 |
| Frankreich | 9 | Schweden | 25 |
| Griechenland | 12 | Slowakei | 27 |
| Großbritannien | 12 | Slowenien | 28 |
| Irland | 14 | Spanien | 29 |
| Italien | 15 | Tschechische Republik | 29 |
| Lettland | 16 | Ungarn | 30 |
| Litauen | 17 | Zypern | 31 |
| Luxemburg | 17 | | |

Belgien

Datum der Ratifizierung:

Nachdem der belgische Senat Ende April 2005 sein Einverständnis zum Verfassungsvertrag gab, ratifizierte ihn das belgische Parlament am 19. Mai 2005. Mit einer großen Mehrheit von 118 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung votierten die Abgeordneten für den Verfassungsvertrag. Nachdem mit der Zustimmung des flämischen Parlaments am 8. Februar 2006 nun auch alle fünf Regionalparlamente zugestimmt haben, ist der parlamentarische Ratifizierungsprozess in Belgien damit abgeschlossen.

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen¹:

Keine Rechtsgrundlage; für die Durchführung eines Referendums wäre eine Verfassungsänderung notwendig.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Ministerpräsident Guy Verhofstadt hatte sich im Sommer 2004 für ein nicht-bindendes Referendum ausgesprochen. Allerdings vollzog der sozial-liberale Koalitionspartner im Januar 2005 eine Kehrtwende. Verhofstadt besaß danach keine Mehrheit mehr für die Durchführung eines Referendums im belgischen Parlament,² auch wenn sich die Grünen und die rechtsextreme Vlaams Belang weiterhin für ein Referendum aussprachen.

Contra:

Die wallonische sozialistische Partei war gegen die Durchführung eines Referendums. Eine öffentliche Debatte sei zwar notwendig, letztendlich müsste allerdings das Parlament darüber entscheiden.³

Auch die flämische Spiritpartei hatte sich nach anfänglicher Unterstützung gegen ein Referendum ausgesprochen, mit der Begründung, dass das Referendum von der Diskussion über einen möglichen EU-Betritt der Türkei überschattet würde.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Mehrheit der Parteien befürwortet den Verfassungsvertrag. Allerdings hält Premierminister Verhofstadt den Verfassungsvertrag für gescheitert, obwohl er eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedstaaten unterstützt, um die Frage der institutionellen Entwicklungen im Blick zu halten.⁴

Contra:

Die Ausnahme bildet die rechtsextreme Vlaams Belang, die der Regierung eine mangelnde Bereitschaft für eine öffentliche Debatte vorwirft.

Öffentliche Meinung:

Die Mehrheit (73%) der Belgier (Stand: Juni 2006) befürworten die Annahme des Verfassungsvertrags, nur 21% sind dagegen.⁵ Darüber hinaus erachten 36% der Belgier (Stand: Mai 2006) eine gemeinsame europäische Verfassung als am besten geeignet, um die Zukunft Europas zu gestalten. Diese Quote gilt als die höchste aller EU-Mitgliedstaaten.⁶

Bulgarien

Datum der Ratifizierung:

Der am 25. April 2005 unterzeichnete und am **11. Mai 2005** vom Parlament ratifizierte (231 dafür, 1 dagegen, 2 Enthaltungen)⁷ Beitrittsvertrag zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Republik Bulgarien und Rumänien geht davon aus, dass Bulgarien einer EU beitreten werde, in der der Verfas-

¹ Die Angaben in dieser Spalte sind mehrheitlich aus Maurer, Andreas/ Stengel Andrea: Ein Referendum für Europas Verfassung?, http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=879&PHPSESSID=cd406af7da43ad0491a6c50d9e494853 Stand: 04.12.2004.

² Vgl. Kirk, Lisbeth: No referendum on Constitution in Belgium, 24.1.2005, www.euobserver.com

³ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, S. 14,

http://www.iep-berlin.de/publik/EU25-Watch/EU-25_Watch.pdf.

⁴ Vgl. Beunderman, Mark: Verhofstadt sees small chances for EU constitution revival, 28.3.2006, www.euobserver.com

⁵ Eurobarometer 64, Juni 2006, S. 378.

⁶ Special Eurobarometer 251, Mai 2006, S. 39.

⁷ Vgl. European Information Service, European Report: Bulgarian parliament ratifies EU accession treaty, 14.5.2005.

sungsvertrag bereits in Kraft getreten sei.⁸ Insofern bedarf es keiner Zusatzratifizierung des Verfassungsvertrags in Bulgarien. Falls das Inkrafttreten des Verfassungsvertrags bis zum Tag des Beitritts nicht erfolgt, gelten die bisherigen Verträge, d.h. die Version von Nizza.⁹ Sobald der Verfassungsvertrag in der EU in Kraft tritt, so tritt er auch in Bulgarien in Kraft, ohne zusätzlich ratifiziert werden zu müssen.¹⁰ Angesichts dieser verträglichen Bedingungen sind der Beitrittsvertrag Bulgariens und der Verfassungsvertrag gekoppelt, womit alle Regelungen bezüglich des Beitrittsvertrages auch unmittelbar die Ratifizierung des Verfassungsvertrags betreffen.

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch; die bulgarische Verfassung sieht vor, dass die Übergabe von verfassungsrechtlicher Gewalt an die EU vom Parlament (2/3-Mehrheit) beschlossen werden muss.¹¹ Dies erfolgte am 11. Mai 2005, als das bulgarische Parlament den Beitrittsvertrag ratifizierte.

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Ein Referendum im nationalen Rahmen kann nur auf Beschluss des Parlaments durchgeführt werden. Weil der Beitrittsvertrag bereits vom Parlament beschlossen wurde, kann ein Referendum über den Beitritts- bzw. Verfassungsvertrag nur durch ein neues Gesetz stattfinden.¹² Im Vorfeld der Ratifizierung des Beitrittsvertrages verabschiedete das Parlament am 1. Juli 2004 ein Gesetz, in dem festgelegt wurde, dass ein konsultatives Referendum abgehalten werden müsste, wenn 300 000 Bürger eine Bürgerinitiative unterzeichnen. Sollten 600 000 Bürger diese unterzeichnen, wäre das Ergebnis bindend gewesen.¹³ Allerdings erfolgte die Ratifizierung letztlich aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse parlamentarisch.

⁸ Vgl. Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Republik Bulgarien und Rumänien, 21.6.2005, L 157/11: Artikel 1, Absatz 2.

⁹ Vgl. Ebenda: Artikel 2, Absatz 1.

¹⁰ Vgl. Ebenda: Artikel 2, Absatz 3.

¹¹ Vgl. Bulgarische Verfassung: Artikel 85, Absatz 1, <http://www.parliament.bg/?page=const&lng=en>

¹² Vgl. President Purvanov wants referendum on EU membership, 16.5.2005, www.sofiaecho.com

¹³ Vgl. Movement on EU referendum, 8.7.2004, www.sofiaecho.com

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Obwohl die Ratifizierung des Beitrittsvertrags in Bulgarien letztendlich parlamentarisch erfolgte, sprachen sich viele Akteure für ein Referendum zum EU-Beitritt aus. Staatspräsident Georgi Purvanov schlug die Idee eines Referendums zum EU-Beitritt im Januar 2004 vor, aber sie wurde von allen Parteien außer den Bulgarischen Sozialisten abgelehnt.¹⁴ Doch haben einige Politiker im Verlauf der Diskussion ihre Meinung geändert. Im Juli 2004 befürwortete auch die Fraktionsvorsitzende der rechtsoppositionellen UtDF (United Democratic Forces) Ekaterina Mihailova ein Referendum vor dem Ende des Jahres, in dessen Vorfeld eine intensive Informationskampagne stattfinden sollte.¹⁵ Selbst nach der parlamentarischen Ratifizierung sprach sich Präsident Purvanov für ein Referendum aus: „Wenn es überhaupt eine Frage gibt, die zur nationalen Abstimmung vorgelegt werden soll, dann ist es die Frage des bulgarischen EU-Beitritts.“¹⁶

Contra:

Das zur Zeit der Entscheidung regierende Simeon II National Movement (SND), die Union of Democratic Forces (SDS)¹⁷ und die Bulgarian Agrarian People's Union¹⁸ sprachen sich gegen ein Referendum zum EU-Beitritt aus. Ein Referendum sei überflüssig, da eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den EU-Beitritt unterstütze und ein negatives Ergebnis unvorstellbar sei.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Alle im Parlament vertretenen Parteien befürworteten den Verfassungsvertrag, indem sie den bulgarischen EU-Beitrittsvertrag unterstützt haben.

¹⁴ Vgl. Nacheva, Velina: EU referendum question, 29.1.2004, www.sofiaecho.com

¹⁵ Vgl. Movement on EU referendum, a.a.O.

¹⁶ Agence France Presse, Bulgarian president calls for a referendum on EU accession, 12.5.2005.

¹⁷ Vgl. BBC Monitoring International Reports, BGNES: Bulgarian ruling party rejects referendum on EU entry, 28.2.2005.

¹⁸ Vgl. Dimitrova, Christina: EU accession referendum issue, 1.7.2004, www.sofiaecho.com

Öffentliche Meinung:

Laut einer Studie des bulgarischen Forschungsinstituts MBMD unterstützen 71% der Bevölkerung den EU-Beitritt.¹⁹ Laut Eurobarometer sprechen sich 54% der Bulgaren für und 6% gegen die Annahme des europäischen Verfassungsvertrags aus. Allerdings zeigen sich 40% zu dieser Frage unentschieden.²⁰

Dänemark**Datum der Ratifizierung:**

Der Ende Januar 2005 wiedergewählte Premierminister Anders Fogh Rasmussen hatte das Referendum für den **27. September 2005** festgesetzt.²¹ Allerdings kündigte die dänische Regierung aufgrund der französischen und niederländischen Ablehnung an, die Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag auf **unbestimmte Zeit zu verschieben**.²²

Art der Ratifizierung:

Parlamentsbeschluss + Referendum

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Für die Übertragung von Hoheitsrechten auf supranationale Einrichtungen ist grundsätzlich eine 5/6-Mehrheit im Parlament notwendig. Falls diese Mehrheit nicht erreicht wird, wohl aber die für die Annahme allgemeiner Gesetzesvorlagen erforderliche Mehrheit, so wird eine das Parlament bindende Volksabstimmung veranlasst.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Die regierenden Konservativen und Liberalen einigten sich gemeinsam mit drei Oppositionsparteien auf die Durchführung eines Referen-

dums zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags.²³ Ob ein Referendum überhaupt durchgeführt wurde, war unsicher, nachdem es im Juni 2005 auf eine unbestimmte Zeit verschoben worden war. Am 29. Mai 2006 sagte der dänische Außenminister Per Stig Moeller, ein Referendum sei nicht unbedingt notwendig, und eine „leichtere“ Version des Verfassungsvertrags könnte die wesentlichen institutionellen Reformen einführen, ohne vom Volk ratifiziert werden zu müssen.²⁴ Diese Aussage provozierte allerdings scharfe Kritik seitens der dänischen Oppositionspartei People's Party, die Moellers Vorgehensweise als Betrug bezeichnete. Die Social Democratic Party und die People's Socialists kritisierten ebenfalls die Haltung des Außenministers. Moeller erklärte daraufhin seine Äußerung und betonte, dass die Ratifizierung des Verfassungsvertrags in Dänemark nur durch eine Volksabstimmung erfolgen werde.²⁵

Positionen zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Die Regierung spricht sich für die Europäische Verfassung aus. Die traditionell euroskeptische Partei SLP (Socialistic Left Party) hat einen Kompromiss mit der Regierung und der größten Oppositionspartei SDP (Social Democrat Party) ausgehandelt: die SLP wird sich demnach für die Verfassung einsetzen, solange die dänischen Opt-outs (Verteidigungspolitik, Justiz, EU-Bürgerschaft und Euro) bewahrt werden.²⁶

Contra:

Die Euroskeptische Partei Junemovement, die rot-grüne Alliance sowie die dänische People's Party haben sich gegen die Verfassung ausgesprochen und kritisieren das beschlossene Abkommen zwischen der SLP, SDP und der Regierung.²⁷

¹⁹ Vgl. Institute for Marketing and Social Surveys: Public opinion on Bulgaria's accession to the EU and European Integration, November 2004, www.mbmresearch.com

²⁰ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

²¹ Vgl. Mac Carthy, Clare: Denmark to hold referendum on EU constitution in September, in: The Financial Times vom 1.3.2005, S. 2.

²² Vgl. Bulletin Quotidien Europe No. 8971, 18.6.2005, S. 5.

²³ Vgl. Agence France Presse: Denmark to hold referendum on EU constitution on September 27, 28.2.2005.

²⁴ Vgl. Agence France Presse: Denmark opposed to new referendum on EU constitution, 29.5.2006.

²⁵ Vgl. Ebenda.

²⁶ Vgl. www.euobserver.com/?sid=9&aid=17677 Stand: 03.11.2004.

²⁷ Vgl. Mac Carthy, Clare: Denmark to hold referendum on EU constitution in September, a.a.O., S. 2.

Öffentliche Meinung:

Ein positives Votum in Dänemark für den Verfassungsvertrag ist bei einer grundsätzlich europaskeptischen Bevölkerung sehr unsicher. Die dänischen Wähler entscheiden oft unabhängig von den Ratschlägen der Parteien.²⁸ Verschiedene Umfragen veröffentlichten unterschiedliche Werte. Laut einer Umfrage Ende 2004 des dänischen Radios würden 54% der Dänen für die Verfassung stimmen, während sich 17,4% dagegen aussprechen. 28,6% wären demnach noch unentschieden.²⁹ Der Eurobarometerstudie (Januar 2005) zufolge würden sich 44% der Dänen für den Verfassungsvertrag aussprechen und 26% dagegen. Mit circa 30% wäre nur der Anteil der noch Unentschiedenen konstant.³⁰ Eine Gallup-Umfrage Mitte Mai 2005 bestätigte den Trend, dass eine Zustimmung durch das dänische Volk zum Verfassungsvertrag wahrscheinlich gewesen wäre. Danach sprachen sich 45% für und nur 25% gegen den Vertrag aus.³¹ Allerdings brauchen die Zustimmungswerte nach der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden auch in Dänemark ein. Anfang Juni 2005 waren nur noch 30,8% für den Verfassungsvertrag, 39,5% lehnten ihn ab und 29,7% zeigten sich unentschieden.³² Laut der Eurobarometerumfrage (Juni 2006) befürworten 48% der dänischen Bevölkerung den Verfassungsvertrag, während 37% dagegen und 15% unentschieden sind.³³ 52% unterstützen eine Neuverhandlung des Vertrages, und 31% (höchster Prozentsatz der EU-25) meinen, das Verfassungsprojekt sollte aufgegeben werden.³⁴

Deutschland

Datum der Ratifizierung:

Der parlamentarische Ratifizierungsprozess wurde Ende Februar im Bundestag begonnen

²⁸ Vgl. Ebenda, S. 2.

²⁹ Vgl. Kurpas, Sebastian/Incerti, Marco/Schönlau, Justus: What prospects for the European Constitutional Treaty?, Working paper 12/January 2005, S. 5.

³⁰ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

³¹ Vgl. Kubosova, Lucia: Majority of Czechs and Danes back EU Constitution, 23.5.2005,

www.euobserver.com

³² Vgl. Kirk, Lisbeth: Danes turn their backs on EU Constitution, 3.6.2005, www.euobserver.com

³³ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

³⁴ Vgl. Ebenda., S. 132.

und wurde in beiden Kammern im Mai 2005 abgeschlossen. Allerdings war zunächst zu befürchten, dass die Ratifizierung verzögert würde. Die CDU/CSU forderte die parlamentarischen Mitwirkungsrechte auf EU-Ebene auszuweiten. Die Regierung drängte jedoch auf ein Datum vor dem französischen Referendum, um diesem einen positiven Schub zu geben,³⁵ und war dementsprechend zu Zugeständnissen bereit. Die Ratifikation im Bundestag erfolgte am **12./13. Mai** und im Bundesrat am **27. Mai**.³⁶ Mit überwältigender Mehrheit haben 569 Abgeordnete des Bundestages dem Verfassungsvertrag zugestimmt und nur 23 stimmten dagegen. Im Bundesrat enthielt sich das Land Mecklenburg-Vorpommern seiner Stimme, aufgrund einer Vereinbarung der rot-roten Regierungskoalition von SPD und PDS.

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch. Zur endgültigen Inkraftsetzung des Ratifizierungsgesetzes steht zur Zeit noch die Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten aus, der diese solange zurückgestellt hat, bis das Bundesverfassungsgericht über die Klage des Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler (CSU) gegen den europäischen Verfassungsvertrag entschieden hat. Allerdings wird der Klage unter Staatsrechtlern keine Erfolgchance eingeräumt.

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Keine Rechtsgrundlage für ein Referendum; eine Verfassungsänderung wäre für jede Form von Referendum auf Bundesebene notwendig (Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat).

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Im Namen der Regierungskoalition SPD/Grüne hatte Franz Müntefering (Parteivorsitzender der SPD) im Sommer 2004 einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung angekündigt, der Volksentscheide auf Bundesebene ermöglichen

³⁵ Vgl. Verzögerte Zustimmung zur EU-

Verfassung, Streit um die Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25.2.2005, S. 3.

³⁶ Vgl. Bundestag ratifiziert EU-Verfassung am 12. Mai, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.3.2005.

sollte. Er wurde jedoch nicht in den Bundestag eingebracht. Das neue Gesetz wäre mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr rechtzeitig vor der Ratifizierung des Verfassungsvertrags in Kraft getreten, um noch ein Referendum über Verfassungsvertrag durchzuführen.³⁷

Ein Teil der Opposition wie die FDP und einige Kreise der CSU hätten ein Referendum ebenfalls unterstützt.

Kurz vor der parlamentarische Ratifizierung griff der CSU Abgeordnete Gauweiler die Diskussion um ein deutsches Referendum wieder auf und klagte vor dem Bundesverfassungsgericht. Seiner Argumentation zufolge müsse die Europäische Verfassung durch das Volk direkt legitimiert werden. Der Vorrang des europäischen vor dem nationalen Recht sei mit dem Grundgesetz unvereinbar, eine Volksabstimmung nach Art. 146 GG³⁸ sei notwendig.³⁹ Allerdings wies das Bundesverfassungsgericht die Klage zunächst als unzulässig ab, da die Ratifikation noch nicht durchgeführt worden war. Indes hat Gauweiler nach der Ratifizierung Verfassungsbeschwerde gegen den Verfassungsvertrag eingelegt.⁴⁰ Bundespräsident Köhler hat angekündigt seine Unterschrift unter der Ratifizierungsurkunde bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinauszuschieben.

Contra:

Die CDU ist generell gegen die Möglichkeit von Referenden auf Bundesebene; sie diskutierte im Sommer 2004 allerdings, ob man für die Europäische Verfassung eine Ausnahme machen sollte. Die Mehrheit lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, dass es der SPD weniger um die Volksabstimmungen gehe, sondern

sie damit nur von den Problemen der Arbeitsmarktreform ablenken wolle.⁴¹

Im Januar 2005 zeichnete sich ab, dass der Gesetzesentwurf von SPD/Grünen nicht die entsprechenden Mehrheiten bekäme, so dass von einem Referendum über den Verfassungsvertrag abgesehen wurde.⁴² Indes hat auch die Unterstützung in den Regierungsreihen für ein solches Gesetz stark nachgelassen. Der Stimungsverlauf in Frankreich hat der SPD die Gefahren von direktdemokratischen Verfahren deutlich vor Augen geführt, so dass sie sich gegen die Wiederaufnahme der Debatte, wie von einigen Sozialdemokraten gefordert, entschied.⁴³

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Obwohl alle im Bundestag vertretenen Fraktionen sich für den Verfassungsvertrag aussprachen,⁴⁴ bahnte sich ein Streit zwischen den Bundesländern und der Regierung an. Insbesondere die CDU-geführten Bundesländer forderten Nachbesserungen bezüglich ihrer Mitwirkungsrechte. Eine Verschiebung des Ratifikationstermins im Bundesrat wäre bei Nichteinigung als Druckmittel benutzt worden.⁴⁵ Die Ratifizierung an sich war aber nicht in Gefahr.

Der Koalitionsvertrag⁴⁶ von CDU, CSU und SPD spricht sich ausdrücklich für den EU-Verfassungsvertrag aus, denn er macht die EU „demokratischer, handlungsfähiger, effizienter und transparenter.“ Außerdem sieht der Koalitionsvertrag eine Fortführung des Ratifizierungsprozesses vor, der dann unter deutscher Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007

³⁷ Vgl. Kein deutsches Referendum zur EU-Verfassung www.netzeitung.de/spezial/europa/321113.html Stand: 14. 1.2005.

³⁸ Art. 146 GG besagt: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

³⁹ Vgl. Prantl, Heribert: Karlsruhe soll die Brücke sperren, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.4.2005, S. 5.

⁴⁰ Vgl. Zugeständnisse Schröders an die Länder – Mahnende Worte aus Karlsruhe zu Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.4.2005, S. 1f.

⁴¹ Vgl. Diering, Frank/Graw Ansgar: Die Mehrheit der Deutschen für Volksentscheide und EU-Referendum, in: Die Welt vom 1. September 2004.

⁴² Vgl. Kein deutsches Referendum zur EU-Verfassung, a.a.O.

⁴³ Vgl. Benoit, Bertrand: Silence is golden as Germany avoids treaty vote, in: The Financial Times vom 21.4.2005, S. 2.

⁴⁴ Vgl. Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Bannas, Günter: Eine gute Gelegenheit, wie die Union im Bundesrat europapolitische Interessen durchsetzen will, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. April 2005, S. 1.

⁴⁶ Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD: Kapitel IX, Deutschland als verantwortungsbewusster Partner in Europa und der Welt, www.bundesregierung.de/nn_22994/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-9.html

neuen Schwung bekommen soll. In einer Regierungserklärung von am 1. Mai 2006 plädierte Bundeskanzlerin Merkel für eine im 21. Jahrhundert relevante Neubegründung der EU, die den Bürger in den Mittelpunkt stellt und besonders sichtbar in den Bereichen wirtschaftliche Dynamik, Sicherheit und Handlungsfähigkeit wird.⁴⁷ Deshalb fordert Merkel eine klare Kompetenzverteilung durch die Annahme des Verfassungsvertrags. Die Ablehnungen in Frankreich und den Niederlanden seien allerdings Rückschläge gewesen, aber sie würden sie nicht von ihrer Überzeugung abbringen.⁴⁸ Beim Sondertreffen der EU-Außenminister im Stift Klosterberg im Mai 2006 kündigte Frank-Walter Steinmeier den Vorsatz der Bundesregierung an, einen „tragfähigen Vorschlag“ zur Lösung der Verfassungskrise im Juni 2007 vorzulegen.⁴⁹ Das weitere Vorgehen des Ratifizierungsprozesses sollte während der deutschen Ratspräsidentschaft intensiv diskutiert werden. Bezüglich des Inkrafttretens des Vertrages sagte Steinmeier: „Mein Zeithorizont liegt so etwa bei 2009.“⁵⁰

Contra:

Zurzeit der parlamentarischen Ratifizierung lehnte nur die PDS (vertreten durch 2 Abgeordnete im Bundestag) den Verfassungsvertrag ab, da er zu liberal, zu undemokratisch und zu militärisch sei.⁵¹

Anfang Mai 2005 wurde bekannt, dass circa 20 CDU- Abgeordnete bei der Ratifikation den Verfassungsvertrag ablehnen werden.

Die im September 2005 zum Bundestag gewählte Linkspartei (vertreten durch 53 Abgeordnete) spricht sich für einen neuen Inhalt des Verfassungsvertrags aus, da die jetzige Version von Liberalisierung, Sozialabbau, und Aufrüstung geprägt sei. Der Verfassungsvertrag solle außerdem nicht durch „faule Tricks“ gerettet werden. Die Linke setzt sich für ein Dokument ein, das „demokratische Legitimität, soziale Verantwortung und Entmilitarisierung“ beinhaltet.⁵²

⁴⁷ Vgl. Projekt Europa braucht eine Neubegründung, 11.5.2006, www.sueddeutsche.de

⁴⁸ Vgl. Das deutsche Schweigen zur EU-Verfassung soll anhalten, 12.5.2006, www.welt.de

⁴⁹ Vgl. Deutschland will EU-Verfassungskrise bis 2009 lösen, 29.5.06, www.welt.de

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Vgl. Plenardebatte Deutscher Bundestag vom 2.7.2004 dip.bundestag.de/dtp/15/15119.pdf

⁵² Die Linke: Pressemitteilung, Die Linke will neue EU-Verfassung und keine faulen Tricks, 29.5.2006, www.linksfraktion.de

Öffentliche Meinung:

Die Mehrheit der Deutschen (86%) würde die Möglichkeit von Volksentscheiden auf Bundesebene begrüßen. 78% sprachen sich für einen Volksentscheid über die künftige EU-Verfassung in Deutschland aus.⁵³ Nach der Eurobarometerumfrage befürworteten 54% der Deutschen den Verfassungsvertrag und nur 17% waren dagegen, allerdings wären 30% noch unentschlossen.⁵⁴ Eine Anfang Mai 2005 von Infratest dimap durchgeführte Umfrage ergab, dass 59% der Deutschen in einer Volksabstimmung mit Ja Stimmen würden und 15% mit Nein. 26% der Befragten zeigten sich unentschlossen und gaben als Hauptgrund an, zu wenig über die Verfassung informiert zu sein.⁵⁵ Laut der jüngsten Eurobarometerumfrage (Juli 2006) halten noch 71% der Deutschen die Idee eines europäischen Verfassungsvertrags für sinnvoll und nur 19% sind dagegen; 9% waren unentschlossen.⁵⁶

Estland

Datum der Ratifizierung:

Am 5. Mai 2005 brachte die estnische Regierung nach langer Diskussion den Verfassungsvertrag im Parlament ein.⁵⁷ Nachdem die Beratungen mehrmals verschoben wurden, hat das estnische Parlament das Ratifizierungsgesetz am 9. Mai 2006 bei nur einer Gegenstimme verabschiedet.

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Obligatorisches, bindendes Referendum bei Betroffenheit bestimmter Verfassungsnormen, ansonsten fakultatives Referendum auf Parlamentsinitiative.

⁵³ Vgl. Diering, Frank/Graw Ansgar: Die Mehrheit der Deutschen für Volksentscheide und EU-Referendum, a.a.O.

⁵⁴ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

⁵⁵ Vgl. Umfrage: Mehrheit der Deutschen für EU-Verfassung, in: der Standard vom 8.5.2005.

⁵⁶ Vgl. Eurobarometer 65, Juli 2006, S. 62.

⁵⁷ Vgl. Estonia sends EU constitution for ratification, 5.5.2005, www.eubusiness.com

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die kleine Partei Rahvaliit (People's Union), die an der Regierungskoalition beteiligt ist, hat sich für zwei Referenden ausgesprochen: über den Beitritt zur Währungsunion und über die Europäische Verfassung.⁵⁸

Contra:

Außenministerin Kristina Ojuland machte im September 2004 deutlich, dass sie eine parlamentarische Ratifizierung für ausreichend hält.

Die Regierung und die Mehrheit der Abgeordneten waren gegen einen Volksentscheid.⁵⁹ Dieser sei überflüssig, da die Ergebnisse des Verfassungskonvents zum Zeitpunkt des Referendums über den EU-Beitritt Estlands schon bekannt gewesen wären und die Wähler sie bei ihrer Wahl hätten berücksichtigen können.⁶⁰

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien sprechen sich für den Verfassungsvertrag aus.

Öffentliche Meinung:

Estland hat laut Eurobarometer die euroskeptischste Bevölkerung der 10 neuen Mitgliedstaaten: nur 51% befürworten den Verfassungsvertrag, 36% sind noch unentschieden.⁶¹ Dies ist auch ein Grund, weshalb Regierung und Parlament ein Referendum über den Verfassungsvertrag vermeiden.⁶²

Finland

Datum der Ratifizierung:

Zunächst sollte der Verfassungsvertrag im Dezember 2005 bzw. Januar 2006 vom finni-

schen Parlament ratifiziert werden.⁶³ Allerdings erklärte Finnland auf dem EU- Gipfel im Juni 2005 als Reaktion auf die französischen und niederländischen Referenden, den Ratifizierungsprozess auf unbestimmte Zeit aussetzen.⁶⁴ Am 12. Mai 2006 billigte das Parlament (104 dafür, 24 dagegen, 12 Stimmenthaltungen, 60 abwesend) die Aufnahme des Ratifizierungsverfahrens für den Verfassungsvertrag. Das Dokument muss jetzt von der Regierung gebilligt und letztendlich vom Parlament ausdrücklich ratifiziert werden.⁶⁵ Premierminister Matti Vanhanen hatte auf eine Ratifizierung vor der finnischen Übernahme der Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2006 gehofft, aber sieht jetzt „eine gute Chance, dass der Vertrag vor dem Jahresende ratifiziert wird.“⁶⁶ Trotz der Ablehnungen in Frankreich und den Niederlanden will Vanhanen den Ratifizierungsprozess während der finnischen Ratspräsidentschaft fortsetzen aber räumt ein, weitere Fortschritte seien vor den Parlamentswahlen in den Niederlanden (ab Oktober 2006) und den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich (für April bzw. Juni 2007 erwartet) eher unwahrscheinlich. Vanhanens Prioritäten für die Finnische Präsidentschaft von Juli bis Dezember 2006 sind daher vor allem die Bereiche Legitimität, Offenheit und Effizienz der Europäischen Union.⁶⁷

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, konsultatives Referendum durch Gesetzeserlass möglich.

⁵⁸ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 23.

⁵⁹ Vgl. Ebenda, S. 23.

⁶⁰ Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2, January 2006, S. 46 www.iep-berlin.de/publik/EU25-Watch/EU-25_Watch-No2.pdf

⁶¹ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

⁶² Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 23.

⁶³ Vgl. Bennhold, Kartin: EU treaty's long march faces big test in France, in: International Herald Tribune vom 22.2.2005, S. 4.

⁶⁴ Vgl. Bulletin Quotidien Europe No. 8971, 18.6.2005, S. 5.

⁶⁵ Vgl. Finn MPs approve EU constitution, 12.5.2006, www.cnn.com

⁶⁶ Associated Press Worldstream: Finnish Parliament backs government plans to ratify EU constitution, 12.5.2006.

⁶⁷ Vgl. Agence France Presse: Finnish PM sees no EU constitution breakthrough until Dutch, French votes, 30.6.2006.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Grünen und die linke Allianz Finnlands haben sich für ein Referendum ausgesprochen, und sehen die jetzige Verfassungskrise als größere Krise der europäischen Demokratie.⁶⁸ Darüber hinaus unterzeichneten 50 000 Bürger einen Antrag für die Durchführung eines Referendums zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags und übergaben ihn am 9. Mai 2006 dem Parlament. Diese Initiative wurde allerdings von finnischen Abgeordneten abgelehnt.⁶⁹

Contra:

Die drei Regierungsparteien (Centre Party, Social Democratic Party und Swedish People's Party) sowie die größte Oppositionspartei, National Coalition Party, sind gegen ein Referendum, aber für eine öffentliche Debatte.⁷⁰

Für Premierminister Matti Vanhanen ist die Verfassung ein Vertrag wie die vorigen und benötigt deshalb keine Volksabstimmung.⁷¹

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Sehr wahrscheinlich wird die Mehrheit des finnischen Parlaments der finnischen Regierung folgen und den Verfassungsvertrag ratifizieren.⁷²

Contra:

Ein Umkippen des finnischen Parlaments wird nur dann als Möglichkeit erachtet, wenn doch ein konsultatives Referendum durchgeführt würde und die finnische Bevölkerung gegen den Verfassungsvertrag stimmen würde.⁷³ Die linke Allianz Finnlands hat den Verfassungsvertrag aufgrund einer mangelnden Sozial- bzw. Wirtschaftspolitik kritisiert, während die Grünen die jetzige Verfas-

sungskrise als Zeichen größerer politischer Probleme auf europäischer Ebene ansehen.⁷⁴

Öffentliche Meinung:

Laut Eurobarometer vom Juni 2006 unterstützen 49% der Finnen den Verfassungsvertrag, während 36% dagegen sind. 15% sind dabei unentschieden.⁷⁵ Eine neue TNS Gallup Oy-Umfrage (9.-20. Mai 2006) weist aber darauf hin, dass lediglich 22% der Finnen damit einverstanden sind, eine parlamentarische Ratifizierung des Verfassungsvertrags durchzuführen; 48% sind dagegen.⁷⁶

Frankreich

Datum der Ratifizierung:

Chirac kündigte in seiner Neujahrsrede an, dass das Referendum noch vor Sommer 2005 durchgeführt werden solle.⁷⁷ Die notwendigen Änderungen in der französischen Verfassung, um den Verfassungsvertrag in Kraft treten zu lassen, haben Nationalversammlung und Senat am 28.2.2005 mit 730 zu 66 Stimmen und 96 Enthaltungen beschlossen.⁷⁸ Am 4. März hat Chirac das Referendum für den **29. Mai 2005** festgesetzt.⁷⁹ **54,87% der Franzosen lehnten den Verfassungsvertrag ab.**⁸⁰

Während der Reflexionsphase legt Präsident Jacques Chirac besonders viel Wert auf eine Zunahme des Vertrauens der Bürger in Europa, die durch praktische Maßnahmen (z.B. Förderung des Erasmus-Programms, einen EU-Katastrophenschutz, einen EU-Grenzschutz, etc.) auch ohne die sofortige Ratifizierung des

⁶⁸ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 48.

⁶⁹ Associated Press Worldstream: Finnish Parliament backs government plans to ratify EU constitution, 12.5.2006.

⁷⁰ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 26.

⁷¹ Vgl. Ruuda, Marit: Finnish Social Democrats against referendum on the Constitution, 27.8.2004 www.euobserver.com

⁷² Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 26.

⁷³ Vgl. Ebenda. S. 26.

⁷⁴ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 48.

⁷⁵ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

⁷⁶ Vgl. Kirk, Lisbeth: Low public support for EU constitution in Finland, 2.6.2006, www.euobserver.com

⁷⁷ Vgl. Gurrey, Béatrice: Europe: Jacques Chirac veut enrôler tous les partisans du «oui», in: Le Monde vom 4. 1 2005.

⁷⁸ Thorhill, John: France clears way for plebiscite on EU treaty, in: Financial Times vom 1.3.2005, S. 2.

⁷⁹ Vgl. Europe: référendum en France le 29 mai, in: Le Monde vom 5.3.2005.

⁸⁰ Vgl. Pognon, Olivier: Les Françaises dissent massivement non à la Constitution européenne, in: Le Figaro vom 30.5.2005.

Verfassungsvertrags erfolgen könne.⁸¹ Die Neubelebung bzw. Ratifizierung des Verfassungsvertrags betreffend sagte Chirac, er sei fest entschlossen, seine Mitbürger in Übereinstimmung mit dem europäischen Projekt zu bringen.⁸² Die französische Regierung werde sich dafür einsetzen, die Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen zu stärken, denn „Es gibt keine andere Lösung, als die Institutionen zu verbessern.“⁸³ Die endgültigen Entscheidungen sollten während der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 fallen. Bis dahin wird die Diskussion abgeschlossen und entschieden, wie das künftige Dokument dem vom Konvent verabschiedeten Verfassungsvertrag ähneln soll.⁸⁴

Wie ein Verfassungsvertrag in Frankreich ratifiziert werden kann, ist zunächst unklar. Einigen Berichten zufolge⁸⁵ diskutieren Präsident Chirac und Kanzlerin Merkel einen Plan, in dem die wesentlichen Teile des Verfassungsvertrags (institutionelle Reformen und Grundrechte) dem Volk in einem zweiten Referendum vorgelegt werden, während die Ratifizierung des dritten Teils (die Politikbereiche der EU) parlamentarisch erfolgen sollte. Konventsvorsitzender und Altpräsident Valéry Giscard d'Estaing setzt sich stark für „eine zweite Chance“ für den Verfassungsvertrag in Frankreich ein.⁸⁶ Er halte ein zweites Referendum zum selben Text sowohl für möglich als auch für gesetzmäßig: „Leute haben das Recht, ihre Meinungen zu ändern. Sie müssen es bedenken, dass sie einen Fehler gemacht haben könnten.“⁸⁷

Allen Erwartungen nach wird der Verfassungsvertrag eine Hauptrolle im kommenden Präsidentschaftswahlkampf spielen. Dabei gibt es die

⁸¹ Vgl. Beunderman, Mark : Chirac draws up wish-list of concrete EU projects, 27.2.2006, www.euobserver.com

⁸² Associated Press Worldstream : Chirac determined to reconcile French to European project, despite constitution defeat, 20.5.2006.

⁸³ Mahony, Honor: Merkel and Chirac set timetable for EU constitution, 7.6.2006, www.euobserver.com

⁸⁴ Vgl. Parker, George : France has 'last nod' on Europe constitution, 14.6.2006, www.financialtimes.com

⁸⁵ Vgl. Beunderman, Mark : Berlin and Paris in talks on EU constitutional revival, 6.3.2006, www.euobserver.com

⁸⁶ Vgl. Agence France Presse : Giscard wants to give EU constitution 'second chance' in France, 23.5.2006.

⁸⁷ Beunderman, Mark : Giscard demands second chance for EU constitution in France, 23.5.2006, www.euobserver.com

Hoffnung, dass die Verfassungskrise hierdurch und durch die anschließende französische Ratspräsidentschaft gelöst werden könnte.⁸⁸

Art der Ratifizierung:

Referendum

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, bindendes Referendum bei Verfassungsänderung und Vertragsratifizierung sowie ein „Präsidentielles Plebiszit“ bei Gesetzentwürfen ist möglich. Am 19. November 2004 hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass die französische Verfassung geändert werden muss, bevor die europäische Verfassung ratifiziert werden kann.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Regierungspartei UMP (Konservative Partei) und die Sozialisten unterstützen die Entscheidung des Präsidenten Chirac, eine Volksabstimmung zum Verfassungsvertrag durchzuführen.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

UDF und UMP sprachen sich für die Annahme der Verfassung aus und lobten den Fortschritt den der Verfassungsvertrag mit sich brächte. 58% der französischen Sozialisten (PS) hatten in einer parteiinternen Abstimmung am 2. Dezember 2004 für die EU-Verfassung gestimmt. Nach diesem Votum sollte auch die PS aktiv die Annahme des Verfassungsvertrags durch das Referendum unterstützen.⁸⁹ Allerdings verweigerte sich ein Teil der PS unter François Hollande diesem Votum und unterstützte aktiv die Verfassungsvertragsgegner.

Die zwei wahrscheinlichen Kandidaten für die kommenden französischen Präsidentschaftswahlen besitzen unterschiedliche Ansichten für den Umgang mit dem Verfassungsvertrag. Segolene Royal von der – in der Verfassungsfrage immer noch gespaltenen – PS fordert einen neuen Ver-

⁸⁸ Vgl. EU issues in the early French presidential campaign, 29.6.2006, www.euractiv.com

⁸⁹ Vgl. France après le référendum du PS, in: Le Monde vom 4.12.2004, S. 10.

trag mit einer verstärkten sozialen Dimension. Sie unterstützt aber alle Aspekte des jetzigen Verfassungsvertrags, die zu einer stärkeren internationalen Rolle der EU beitragen.⁹⁰ Innenminister Nicolas Sarkozy der regierenden UMP schlägt die parlamentarische Ratifizierung des ersten wesentlichen Teils des Verfassungsvertrags vor⁹¹ und spricht sich gegen ein neues Referendum aus: „Ich werde nicht derjenige sein, der den Franzosen sagt, dass sie die Frage missverstanden haben.“⁹² Darüber hinaus äußerte der Sarkozy sehr nah stehende Senator Francois Fillion, dass die Wiedereinführung des ganzen Verfassungsvertrags nicht in Frage komme, weil das gegenüber der französischen Bevölkerung respektlos wäre.⁹³

Contra:

Die Front National (FN) sieht in dem Verfassungsvertrag eine Gefährdung der Souveränität Frankreichs.

Für die französischen Kommunisten (PC) wie auch einem Teil der französischen Sozialisten unter François Hollande ist die Verfassung zu liberal und betont viel zu sehr die militärische Komponente der Union.

Öffentliche Meinung:

Die im Sommer erreichten Spitzenwerte von knapp 70% Zustimmung sanken im Verlaufe des zweiten Halbjahres 2004, aufgrund der Türkeifrage und politischer Skandale, wie z.B. um Ex-Finanzminister Gaymard, drastisch.⁹⁴ Im Januar 2005 sprachen sich 59% der Franzosen für den Verfassungsvertrag aus und 41% lehnten ihn ab.⁹⁵

Umfragen des Meinungsforschungsinstituts CSA vom 1. März schienen zunächst eine Umkehr des Abwärtstrends einzuleiten. Danach waren 63% der Franzosen für den Verfas-

sungsvertrag, also ein Plus von 4%.⁹⁶ Allerdings kippten die Umfragen Mitte März überraschend. Die Verfassungskritiker gewannen bis Mitte April weiter an Boden. Zwischenzeitlich erreichten die Ablehnungswerte sogar 56%. Fast täglich wurden neue Umfragen veröffentlicht, in denen mal die Gegner und mal die Befürworter des Verfassungsvertrags führten. Als Hauptauslöser für die nun überwiegend skeptische Europahaltung der Franzosen wurde die Bolkenstein Richtlinie angesehen, die eine Liberalisierung des Dienstleistungssektors vorsieht.⁹⁷ Die Mitte April angelaufenen Regierungskampagnen (offizieller Start erst 17. Mai 2005) für den Verfassungsvertrag konnten den Abwärtstrend der Umfragen nur vorübergehend umkehren.⁹⁸ Neben der Abstrafung der rechtskonservativen Politik von Chirac und Raffarin votierte die überwiegende Mehrheit der Franzosen auch gegen den in ihren Augen zu liberalen Verfassungsvertrag und folgten damit der Argumentation Hollandes. Insgesamt gab es in der französischen Bevölkerung zwischen März und Mai 2005 eine rege Debatte zu dem Thema. Allein bis Ende April 2005 wurden mehr als eine halbe Millionen Bücher, die den Verfassungsvertrag erklärten und/oder analysierten verkauft.⁹⁹

Ein Jahr nach dem gescheiterten Referendum steht ein Teil der französischen Bevölkerung dem Verfassungsvertrag immer noch negativ gegenüber. Im Mai 2006 veröffentlichte die Zeitung *Liberation* eine Umfrage, in der 98% derjenigen, die beim Referendum mit Nein gestimmt hatten, ihre Wahl nicht bereuen.¹⁰⁰ Einer Umfrage von TNS-Sofres zufolge befürworten 82% der Franzosen eine tiefere europäische Integration, und 64% glauben, das negative Referendumsergebnis habe Frank-

⁹⁰ Vgl. EU issues in the early French presidential campaign, 29.6.2006, www.euractiv.com

⁹¹ Vgl. Ebenda.

⁹² Beunderman, Mark: Giscard demands second chance for EU constitution in France, 23.5.2006, www.euobserver.com

⁹³ Vgl. Beunderman, Mark : Chirac draws up wish-list of concrete EU projects, 27.2.2006, www.euobserver.com

⁹⁴ Vgl. Bennhold, Kartin: EU treaty's long march faces big test in France, a.a.O., S. 3.

⁹⁵ Vgl. Sondage: 59% des Français disent oui, in: *Nouvel Observateur* vom 13.1.2005.

⁹⁶ Vgl. Ridet, Philippe: Le gouvernement s'attend à une difficile campagne sur l'Europe, in: *Le Monde* vom 2.3.2005, S. 8.

⁹⁷ Vgl. Constitution européenne: un nouveau sondage confirme l'avancée du «non», in: *Le Monde* vom 21.3.2005

⁹⁸ Vgl. Mahony, Honor: Official Constitution drive starts in France, 17.5.2005, www.euobserver.com

⁹⁹ Vgl. Aïssaoui, Mohammed: La constitution sur le podium des best-sellers, in: *Le Figaro* vom 28.4.2005

¹⁰⁰ Vgl. Beunderman, Mark: French would still vote 'no' to EU constitution, 17.5.2006, www.euobserver.com

reich geschwächt.¹⁰¹ Laut Eurobarometer sprechen 65% (höchster Prozentsatz der EU-25) für eine Neuverhandlung des Verfassungsvertrags, während 14% die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses unterstützen und 15% den heutigen Verfassungsvertrag aufgeben möchten.¹⁰²

Griechenland

Datum der Ratifizierung:

Die parlamentarische Ratifizierung fand am **19. April 2005** statt. 268 der 300 Abgeordneten stimmten für den Verfassungsvertrag. 17 Abgeordnete stimmten dagegen und 15 enthielten sich der Stimme.¹⁰³

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, bindendes Referendum auf Beschluss des Präsidenten, bei Zustimmung der absoluten Mehrheit in „wichtigen Angelegenheiten nationalen Interesses“.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Nach der parlamentarischen Ratifizierung haben sich die Koalition der progressiven Linken und die Sozialisten für ein konsultatives Referendum ausgesprochen. Der Antrag wurde allerdings vom Parlament abgelehnt (165 Ja-Stimmen, 125 Nein-Stimmen).¹⁰⁴

Contra:

Die konservative Regierung lehnte ein Referendum ab, weil die Linken damit eine Grundsatzdebatte über Europa verbinden wollten.¹⁰⁵ Die Regierung fürchtete auch die politi-

schen Folgen eines negativen Ergebnis von einem konsultativen Referendum.¹⁰⁶

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Sowohl die Regierungsparteien als auch die sozialistische Oppositionspartei PASOK sprachen sich für die Ratifizierung des Verfassungsvertrags aus. Im Februar 2006 sagte der griechische Außenminister Petros Molyviatis nach einem Treffen mit seinem spanischen Amtskollegen, „Wir haben uns darauf geeinigt...die Debatte über die Ratifizierung der Verfassung wiederzubeleben.“¹⁰⁷

Contra:

Nur eine Koalition der progressiven Linken Synaspismos und der Kommunistischen Einheitspartei KKE lehnen den Verfassungsvertrag ab.¹⁰⁸

Öffentliche Meinung:

Die Öffentlichkeit zeigte sich ambivalent gegenüber dem Verfassungsvertrag. Laut Eurobarometerumfrage vom Januar 2005 hätten sich nur 34% der Griechen für die Annahme des Verfassungsvertrags ausgesprochen; 11% hätten ihn abgelehnt. Mehr als die Hälfte der Griechen (55%) zeigte sich zu dieser Frage unentschieden.¹⁰⁹ Für das Konzept eines Verfassungsvertrags sprechen sich 62% der Griechen aus, während es 35% ablehnen.¹¹⁰ 49% der Griechen unterstützen eine Neuverhandlung des heutigen Verfassungsvertrags und 28% die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses.¹¹¹

Großbritannien

Datum der Ratifizierung:

Ein Gesetzesentwurf (European Union Bill), der den Verfassungsvertrag in britisches Recht umsetzen soll, wurde am 25. Januar 2005 vom

¹⁰¹ Associated Press Worldstream: French support closer European unity despite rejection of EU constitution, 29.5.2006.

¹⁰² Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 132.

¹⁰³ Vgl. Sapp, Meghan: EU welcomes Greek backing for constitution, 20.4.2005, www.euobserver.com

¹⁰⁴ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 60.

¹⁰⁵ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 30.

¹⁰⁶ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 60.

¹⁰⁷ Agence France Presse: Greece and Spain seek to revive EU constitution debate, 7.2.2006.

¹⁰⁸ Vgl. www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_5850_1.pdf Stand 8.2.2005.

¹⁰⁹ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

¹¹⁰ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

¹¹¹ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 132

Außenminister Straw im Unterhaus zur ersten Lesung eingebracht und am 9. Februar 2005 nochmals beraten.¹¹² Er legt darüber hinaus auch Einzelheiten des Referendums fest, z.B. die genaue Frage („Should the UK approve the Treaty establishing a Constitution for the European Union?“), die in der Volksabstimmung gestellt werden soll.¹¹³ Im Vorfeld der Unterhauswahlen vom 5. Mai wollte sich Premier Tony Blair nicht auf einen konkreten Zeitpunkt festlegen und verwies nur darauf, dass das Referendum für das Jahr 2006 vorgesehen ist.¹¹⁴ Allerdings **sagte** der Außenminister Jack Straw Anfang Juni nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden, **das britische Referendum ab**.¹¹⁵ Nachdem die Reflexionsphase vom Europäischen Rat (Juni 2006) ein Jahr verlängert worden war, sagte Tony Blair, dass er mit der Fortsetzung der Reflexionsphase einverstanden sei, weil der Verfassungsvertrag über einen längeren Zeitraum diskutiert werden sollte. Während dieser Denkpause sollten aber auch andere Themen intensiver berücksichtigt werden, um Europa den Bürgern besser zu kommunizieren. Energie- und Zuwanderungspolitik sowie Kriminalität und Arbeitslosigkeit seien den Bürgern am wichtigsten. Erst wenn die EU Fortschritte in diesen Bereichen liefere, habe die EU eine bessere Chance, die Zustimmung der Bevölkerung zu weiteren institutionellen Entwicklungen zu bekommen.¹¹⁶

Art der Ratifizierung:

Referendum + Parlamentarische Bestätigung

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Keine Rechtsgrundlage; fakultatives Referendum; Auslösung durch Parlamentsbeschluss

¹¹² Vgl. <http://bills.ais.co.uk/DH.asp?title=d#top>

¹¹³ Vgl. Der Gesetzesentwurf ist einsehbar unter: <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200405/cmbills/045/2005045.pdf>, Stand 8.2.2005.

¹¹⁴ Vgl. Carter, Richard: UK government fires starting gun for referendum campaign, 26.1.2005, www.euobserver.com

¹¹⁵ Vgl. London sagt Referendum ab, 6.6.2005, in: FAZ-Net.

¹¹⁶ Vgl. Blair wants EU to focus on people's issues, 16.7.2006, www.eubusiness.com

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Sowohl die Labourregierung als auch die konservative Opposition hatten sich für das Referendum entschieden. Dabei wollte die Regierung die Abstimmung über die Verfassung mit der über den Euro verknüpfen. Das Referendum hat nach den Unterhauswahlen im Mai 2005 und der britischen EU-Präsidentschaft, die im Dezember 2005 endete, stattfinden sollen.¹¹⁷ Weil es wahrscheinlicher wird, dass der Verfassungsvertrag in veränderter bzw. vereinfachter Form bis Ende 2008 vorgelegt wird, bestehen die Konservativen weiterhin auf ein Referendum bei jeglicher Machtübergabe an die EU. Die Zunahme der Macht Europas dürfe nur mit der Zustimmung des Volkes erfolgen.¹¹⁸

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die britische Regierung unter Tony Blair setzt sich für den Verfassungsvertrag ein. Sie begreift den Verfassungsvertrag als Chance für Großbritannien, sich als Vorreiter, der die Richtung der EU entscheidend mitbestimmt, zu profilieren.

Contra:

Die Konservativen – traditionell euroskeptisch – würden sich in der Kampagne für die Ablehnung des Verfassungsvertrags einsetzen. Eine Fortführung des Integrationsprozesses über den gemeinsamen Binnenmarkt hinaus sei nicht wünschenswert. Die Konservativen zeigen sich außerdem bereit, den Verfassungsvertrag für tot zu erklären.¹¹⁹

Die europafeindliche UKIP spricht sich ebenfalls gegen den Verfassungsvertrag aus und würde sich für seine Ablehnung einsetzen.

Öffentliche Meinung:

Stand Ende Januar 2005: Das Meinungsbild in Großbritannien ist völlig unübersichtlich. Nach einer Sunday Telegraph Umfrage unterstützen 39% EU-Verfassung und 41% sind dagegen. Die restlichen 20% sind noch unentschlossen.

¹¹⁷ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 63.

¹¹⁸ Vgl. The Daily Telegraph: Tories warn of EU constitution revival, 24.6.2006, www.telegraph.co.uk

¹¹⁹ Vgl. Ebenda.

sen.¹²⁰ Andere euroskeptischere Tageszeitungen wie The Sun oder Daily Telegraph veröffentlichen wesentlich pessimistischere Werte. Nach ihren Umfragen sind nur 24% dafür und circa 50% dagegen. Allerdings geben nur 51% der Briten an, sich endgültig ihre Meinung gebildet zu haben.¹²¹ Abhängig sind diese Ergebnisse auch von den unterschiedlichen Formulierungen der Fragen. Befragte neigen durch Wörter wie „Vertrag“ oder „befürworten“ eher dazu sich dafür auszusprechen, ganz im Gegensatz dazu wenn die Frage gestellt würde, ob Großbritannien den Verfassungsvertrag unterschreiben soll.¹²²

Die Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden haben die britischen Verfassungsgegner noch weiter gestärkt. Die Chance im Falle einer Fortsetzung des britischen Ratifizierungsprozesses für eine positive Abstimmung wäre noch geringer als vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Vor allem in Großbritannien mehren sich Stimmen, dass der Verfassungsvertrag „tot“ ist. Laut einem aktuellen Eurobarometer (Juni 2006) sind 42% der Briten für den Verfassungsvertrag, 33% sind dagegen und 25% geben an, keine Meinung gebildet zu haben.¹²³ Die Umfragen weisen aber darauf hin, dass die Briten kaum zwischen der Idee eines Verfassungsvertrags und dem vorgeschlagenen Dokument unterscheiden. 42% der Briten sind grundsätzlich mit dem Konzept eines Verfassungsvertrags einverstanden, und 35% stellen sich demgegenüber negativ ein; 24% zeigen sich zur Frage unentschlossen.¹²⁴

Irland

Datum der Ratifizierung:

Das Referendum wurde für **Ende 2005** erwartet.¹²⁵ Allerdings verkündete Irland während des Europäischen Rates vom 16.6./17.6. 2005 **sein Referendum auf unbestimmte Zeit zu**

verschieben.¹²⁶ Außenminister Dermot Ahern sagte, dass Irland ein Referendum zum umstrittenen Dokument zurückstellen würde, bis der Vertrag mehr Unterstützung in Europa gewinnt. Inzwischen würde Irland „sinnvolle Projekte unterstützen, mit denen die Öffentlichkeit sich identifizieren kann“ um dadurch die Wähler vom Verfassungsvertrag überzeugen. Ahern hat weiterhin seine Zufriedenheit mit einer „längeren Reflexionsphase“ ausgesprochen.¹²⁷ Auf der Pressekonferenz nach dem Europäischen Rat vom Juni 2006 sicherte der Außenminister zu, die irische Regierung sei dem Verfassungsvertrag gegenüber noch sehr positiv eingestellt. Er hat aber keine Frist für ein Referendum zur Ratifizierung in Irland bestimmt.¹²⁸

Art der Ratifizierung:

Referendum + Parlamentsbeschluss

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Bei jeder Vertragsrevision der EU und die dadurch entstehende Notwendigkeit der Änderung der irischen Verfassung, ist neben der Zustimmung der beiden Parlamentskammern ein Referendum obligatorisch.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Mehrheit der politischen Parteien wie Fianna Fail, Fine Gael Green Party, Labour Party, Progressive Democrats und Socialist Party unterstützt die Annahme des Verfassungsvertrags.¹²⁹ Die Green Party kritisiert allerdings die Reflexionsphase, weil sie eher Verwirrung auslöste. Ein konstruktiveres Vorgehen sei die Einführung der unumstrittenen Elemente des Vertrages, die ohne einen Volksentscheid ratifiziert werden könnten.¹³⁰ Premierminister Bertie Ahern hat im Juni 2006 seine weitere Un-

¹²⁰ Vgl. New poll sees greater British backing for EU constitution, 1.2.2005, www.eubusiness.com

¹²¹ Vgl. Fight for EU constitution begins now for Britain's Blair, 1.2.2005, www.eubusiness.com

¹²² Vgl. Carter, Richard: UK 'yes' camp takes lead for first time, 9.2.2005, www.euobserver.com

¹²³ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

¹²⁴ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

¹²⁵ Vgl. Bennhold, Kartin: EU treaty's long march faces big test in France, a.a.O., S. 4.

¹²⁶ Vgl. Bulletin Quotidien Europe No. 8971, 18.6.2005, S. 6

¹²⁷ Vgl. Daily Mail (London): Poll on EU constitution delayed indefinitely, 16.6.2006.

¹²⁸ Vgl. The Irish Times: Republic committed to constitution, says Ahern, 16.6.2006.

¹²⁹ Vgl. Kurpas/Incerti/Schönlau: What prospects for the European Constitutional Treaty?, a.a.O., S. 5.

¹³⁰ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 66.

terstützung für den Verfassungsvertrag deutlich gemacht. Er sollte in Kraft treten, „sobald es die Umstände zulassen.“¹³¹

Contra:

Die Sinn Fein Partei ist die einzige Partei, die sich ausdrücklich gegen eine Ratifizierung des Verfassungsvertrags ausgesprochen hat. In ihren Augen stellt dieses Dokument die irische Souveränität in Frage und ist ein weiterer Schritt zur Schaffung eines europäischen Superstaates.¹³²

Öffentliche Meinung:

Seit dem „Nein“ zu Nizza ist ein „Ja“ in Irland zu EU-Verträgen fraglich. Die Eurobarometerumfrage vom Januar 2005 unterstrich diese Unsicherheit. Danach waren 67% der Iren noch völlig unentschieden und erst 28% der Iren sprachen sich für die Annahme des Verfassungsvertrags aus.¹³³ Die Zustimmungswerte nach der französischen und niederländischen Ablehnung beweisen, dass die Annahme bei einer eventuellen Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses durch die irische Bevölkerung weiterhin ungewiss ist. Einer Umfrage der Irish Times von Anfang Juni 2005 zufolge befürworteten nur 30% für den Verfassungsvertrag während 35% ihn ablehnen würden.¹³⁴ Neue Umfragen schätzen die Lage etwas positiver ein. In einer Eurobarometerumfrage sprachen sich 48% der Befragten für und 12% gegen den Verfassungsvertrag aus. 40% waren demnach unentschieden.¹³⁵

Italien

Datum der Ratifizierung:

Nach Aussage des italienischen Außenministers Frattini wollte Italien als erster Mitgliedstaat – noch vor Weihnachten 2004 – die Ver-

fassung ratifizieren.¹³⁶ Dieser Zeitplan wurde jedoch nicht eingehalten. Der Ratifizierungsprozess wurde in der italienischen Abgeordnetenkammer am **26. Januar** 2005 abgeschlossen (436 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 45 Enthaltungen).¹³⁷ Der Senat machte die italienische Ratifikation perfekt. Am **6. April** stimmten 217 Senatoren für und nur 16 gegen den Verfassungsvertrag.¹³⁸

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, bindendes Referendum bei Verfassungsänderungen; fakultatives, konsultatives Referendum bei Auslösung durch Parlamentsbeschluss; Ausschluss von Referenden über internationale Verträge.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Sowohl der damalige Premierminister Berlusconi als auch der damalige Außenminister Franco Frattini hatten sich im August 2004 für eine Volksabstimmung ausgesprochen.¹³⁹

Contra:

Die Mehrheit der Parteien und der italienische Präsident Ciampi haben sich aber gegen ein Referendum entschieden.¹⁴⁰

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Mehrheit der italienischen Parteien unterstützte den Verfassungsvertrag. Der neue Premierminister Romano Prodi bezeichnet die europäische Integration als Italiens größte au-

¹³¹ Associated Press Worldstream, „EU constitution central to debate on Europe’s future, Irish prime minister says“, 21. Juni 2006.

¹³² Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 32.

¹³³ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

¹³⁴ Vgl. Ireland also likely to vote against EU constitution: poll, 13.6.2005, www.eubusiness.com

¹³⁵ Vgl. The Irish Times: Only 12% of Irish people oppose EU constitution, survey shows, 6.7.2006.

¹³⁶ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 32.

¹³⁷ Vgl. Kurpas/Incerti/Schönlau: What prospects for the European Constitutional Treaty?, a.a.O., S. 8.

¹³⁸ Vgl. Mahony, Honor: Italy ratifies European Constitution, vom 7.4.2005, www.euobserver.com

¹³⁹ Vgl. http://www.unizar.es/euroconstitucion/Treaties/Treaty_Const_Rat_Italy.htm

¹⁴⁰ Vgl. Interview mit Ex-Außenminister Franco Frattini, in La Stampa vom 21.10.2004, http://www.esteri.it/eng/6_38_90_01.asp?id=1446&mod=2&min=1 Stand: 8.2.2005

ßenpolitische Priorität und sagte wiederholt, seine Regierung werde sich für eine Stärkung Europas einsetzen. Prodi räumte jedoch ein, dass der Verfassungsvertrag bedeutend verändert werden muss, bevor er wieder belebt werden kann. Darüber hinaus seien weitere Fortschritte im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen unwahrscheinlich.¹⁴¹ Auf einer Pressekonferenz mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat der italienische Außenminister Massimo D'Alema deutlich gemacht, dass Italien und Deutschland zusammen arbeiten würden, um einen veränderten Vertrag am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft im Juni 2007 vorlegen zu können: „Deutschland und Italien haben eine gemeinsame Aufgabe [...] Ich glaube, wir können einen guten Kompromiss finden.“¹⁴²

Contra:

Die Grünen und die Liga Nord hatten einige Bedenken bekundet.¹⁴³ Zudem beurteilten die reformierten Kommunisten (PRC) den Verfassungsvertrag als zu liberal geprägt mit einer nicht ausreichenden Sicherung der sozialen Grundrechte.¹⁴⁴

Öffentliche Meinung:

Laut Eurobarometer vom September 2005 befürwortete die italienische Bevölkerung mit 74% die Annahme des Verfassungsvertrags. Nur 11% waren gegen eine Ratifizierung und 13% waren unentschlossen.¹⁴⁵

Lettland

Datum der Ratifizierung:

Im Dezember 2004 hat das lettische Parlament mit der Debatte über den Verfassungsvertrag

begonnen.¹⁴⁶ Trotz der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden ratifizierte das lettische Parlament mit 71 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen (insgesamt 100 Abgeordnete) am **2. Juni 2005** den Verfassungsvertrag.¹⁴⁷

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Ausschluss von Referenden über internationale Verträge; Obligatorisches, bindendes Referendum über Zustimmung zu: Änderung der Verfassung.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Nur die grüne PCTVL hatte eine Volksbefragung gefordert.

Contra:

Trotz der verfassungsrechtlichen Grundlagen setzten sich Präsidentin Vaira Vike-Freiberga und Außenminister Artis Pabriks dafür, keine Volksabstimmung durchzuführen, da keine Notwendigkeit bestehe. Der Verfassungsvertrag würde im Grunde genommen nichts an den Konditionen der Mitgliedschaft Lettlands in der EU ändern. Die Zustimmung des Volkes zum EU-Beitritt stelle eine ausreichende Legitimation dar. Das lettische Parlament folgte dieser Argumentation und wies den Antrag der grünen PCTVL zurück.¹⁴⁸

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Mehrheit der politischen Parteien sprechen sich für die Annahme des Verfassungsvertrages aus.¹⁴⁹

¹⁴¹ Associated Press Worldstream: EU draft faces a significant rewrite, Italian premier says, 13.6.2006.

¹⁴² Deutsche Presse-Agentur: Italy vows push with Germany for EU constitution, 28.6.2006.

¹⁴³ Vgl. Interview mit Ex-Außenminister Franco Frattini, a.a.O.

¹⁴⁴ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 69.

¹⁴⁵ Vgl. Eurobarometer 63, September 2005, S. 134. Die Ergebnisse des Eurobarometers 63 beruhen jeweils auf Befragungen, die im Mai-Juni 2005 (überwiegend vor den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden) durchgeführt wurden.

¹⁴⁶ Vgl. http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_5850_1.pdf

¹⁴⁷ Vgl. Vuceva, Elitsa: Latvia ratifies EU constitution, 2.6.2005, www.euobserver.com

¹⁴⁸ Vgl. http://www.unizar.es/euroconstitucion/Treaties/Treaty_Const_Rat_latvia.htm Stand: 14.12.2004

¹⁴⁹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 37.

Öffentliche Meinung:

Im Falle eines Referendums hätten laut Eurobarometer (Januar 2005) 41% der Letten für den Verfassungsvertrag gestimmt und 16% hätten ihn abgelehnt. Eine große Zahl von 43% der Letten wäre unentschlossen.¹⁵⁰ Laut der jüngsten Eurobarometerumfrage (Juli 2006) sind 52% der Letten für die Annahme eines Verfassungsvertrags für die EU, während 17% dagegen und 31% unentschlossen sind.¹⁵¹

Litauen**Datum der Ratifizierung:**

Bereits zwei Wochen nach der Unterzeichnung durch alle 25 Mitgliedstaaten in Rom am 29. Oktober 2004 hat das litauische Parlament am **11. November 2004** den EU-Verfassungsvertrag verabschiedet (84 Abgeordnete stimmten dafür, 4 dagegen und 3 enthielten sich der Stimme). Litauen ist somit das erste Land, das den Verfassungsvertrag ratifizierte.¹⁵²

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Obligatorisches Referendum über Zustimmung zu oder zur Änderung der Verfassung bzw. von bestimmten Verfassungsartikeln;

Fakultatives Referendum bei wichtigen Fragen des Lebens des Staates und Volkes.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:**Contra:**

Ein Referendum war für Premierminister Algirdas Brazauskas nicht notwendig, da die Litauer bereits für den EU-Beitritt gestimmt hatten.¹⁵³

¹⁵⁰ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

¹⁵¹ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

¹⁵² Vgl. Mahony, Honor; Žemaitytė, Jurgita: Lithuania first to ratify EU Constitution, 11.11.2004, www.euobserver.com

¹⁵³ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 40.

Positionen zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Die Mehrheit der politischen Parteien unterstützt die Annahme des Verfassungsvertrags.

Öffentliche Meinung:

Eine öffentliche Debatte zum Verfassungsvertrag gab es nicht. Die Eurobarometerumfrage belegt, dass 51% der Litauer für und 11% gegen den Verfassungsvertrag gestimmt hätten. 38% hatten dazu keine Meinung.¹⁵⁴ Laut der neusten Eurobarometerumfrage unterstützen 58% der Litauer grundsätzlich das Konzept eines europäischen Verfassungsvertrags. 16% sind dagegen und 26% unentschlossen.¹⁵⁵

Luxemburg**Datum der Ratifizierung:**

Das Referendum hat am **10. Juli 2005** stattgefunden.¹⁵⁶ Nach kurzzeitiger Überlegung – ob das luxemburgische Referendum nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden überhaupt noch sinnvoll sei – hatte der luxemburgische Premier sich dennoch entschieden, das Referendum wie geplant durchführen zu lassen und angekündigt, das Votum des Volkes zu respektieren,¹⁵⁷ jedoch nicht ohne sein eigenes politische Schicksal an diese Abstimmung zu knüpfen.¹⁵⁸ **56,52% der Luxemburger folgten ihrer Regierung und stimmten für den Verfassungsvertrag. 43,48% stimmten dagegen.**¹⁵⁹

Zwei Wochen vor dem geplanten Referendum am 28. Juni hatte das luxemburgische Parlament die erste Gesetzesvorlage zum Verfassungsvertrag verabschiedet. Alle 55 anwesenden Abgeordneten stimmten dafür. 5 Abgeord-

¹⁵⁴ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

¹⁵⁵ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

¹⁵⁶ Vgl. Bennhold, Kartin: EU treaty's long march faces big test in France, a.a.O., S. 4.

¹⁵⁷ Vgl. Mahony, Honor: Luxembourg continues with referendum plans, 20.6.2005, www.euobserver.com

¹⁵⁸ Vgl. Laitner, Sarah: Juncker puts his career on the time at EU summit, in: Financial Times vom 14.6.2005, S. 4.

¹⁵⁹ Vgl. Vučeva, Elitsa: Luxembourg says yes to EU constitution, 10.7.2005, www.euobserver.com

nete der Partei ADR blieben der Abstimmung fern.¹⁶⁰ Nach dem positiven Ergebnis des Referendums musste das Parlament den Verfassungsvertrag durch eine zweite Beratung endgültig ratifizieren. Dies erfolgte am **25. Oktober 2005** mit 57 Stimmen dafür und einer Stimme dagegen.¹⁶¹

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch + konsultatives Referendum

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives konsultatives Referendum.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Erstmalig im Europäischen Integrationsprozess wurde in Luxemburg über die Annahme eines in der EG/EU ausgehandelten Dokuments per Referendum abgestimmt. Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien hatten sich dafür ausgesprochen. Das letzte Referendum datierte aus dem Jahr 1936.¹⁶²

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Sowohl die Regierungs- als auch die Mehrheit der Oppositionsparteien sprachen sich für die Annahme des Verfassungsvertrags aus. Bei der Verleihung des Karls-Preises am 24. Mai 2006 machte der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker deutlich, der Verfassungsvertrag sei keineswegs tot: „Diese Verfassung ist nicht tot. Es reicht nicht, wenn nur zwei [Frankreich und die Niederlande] etwas für tot erklären, sondern alle müssen es für tot erklären.“ Außerdem sagte Juncker, er werde weiterhin für den Verfassungsvertrag kämpfen.¹⁶³

Contra:

Nur eine kleine Gruppe von Lobbyisten wie z.B. linke Pazifisten und Globalisierungsgegner wehrten sich gegen die Ratifizierung.¹⁶⁴ In gewisser Hinsicht spiegelt das überwiegend positive Ergebnis der Ratifizierung im luxemburgischen Parlament die Haltungen in der Parteienlandschaft nicht wider. Die populistische ARD unterstützte den Verfassungsvertrag, um den Willen der Mehrheit der Luxemburger zu respektieren. Die linksradikalen Sozialisten sowie die Grünen stimmten nicht aus politischer Überzeugung mit Ja, sondern aus dem Grund, dass der Verfassungsvertrag angesichts der französischen bzw. niederländischen Ablehnungen bereits tot sei.¹⁶⁵

Öffentliche Meinung:

Die Mehrheit der Luxemburger steht der Europäischen Union sehr positiv gegenüber und daher gab es zunächst keinen Zweifel, dass die Ratifizierung per Volksabstimmung problemlos erfolgen werde.¹⁶⁶

Dies unterstrich auch die Eurobarometer Umfrage vom Januar 2005. Danach würden 57% für den Verfassungsvertrag stimmen und nur 12% dagegen, knapp ein Drittel waren unentschieden.¹⁶⁷

Durch die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und in den Niederlanden schien letzten Umfragen von Anfang Juni 2005 zufolge sich das Drittel der Unentschiedenen komplett auf die Seite der Verfassungsvertragsgegner gestellt zu haben. Nur noch 55% der Luxemburger wollten im Referendum für den Verfassungsvertrag stimmen. 45% sprachen sich nun gegen den Vertrag aus. Vier Wochen vor dem Referendum durften keine weiteren Umfragen veröffentlicht werden.¹⁶⁸ Im Eurobarometer von Juli 2006 sprachen sich 64% der Luxemburger für das Konzept eines Verfassungsvertrags und 24% dagegen aus.¹⁶⁹

¹⁶⁰ Vgl. Mahony, Honor: Luxembourg parliament ratifies EU constitution, 29.6.2005, www.euobserver.com

¹⁶¹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 77-78.

¹⁶² Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 42.

¹⁶³ Associated Press Worldstream: Luxembourg's Juncker insists EU constitution isn't dead, 25.5.2006.

¹⁶⁴ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 42.

¹⁶⁵ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 78.

¹⁶⁶ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 42.

¹⁶⁷ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

¹⁶⁸ Vgl. Mahony, Honor: Luxembourg continues with referendum plans, 20.6.2005,

www.euobserver.com

¹⁶⁹ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

Malta

Datum der Ratifizierung:

Malta hat den Verfassungsvertrag am **6. Juli 2005** ratifiziert. Malta ist das erste Land, dass den Verfassungsvertrag einstimmig angenommen hat.¹⁷⁰

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Per Sondergesetz kann ein konsultatives Referendum erwirkt werden.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Contra:

Ex-Premierminister Eddie Fenech Adami hatte verkündigt, dass Malta kein Referendum abhalten wird, da die Volksabstimmung zum EU-Beitritt ein eindeutiges Votum darstellt.¹⁷¹

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Annahme der nationalistischen Regierung unter Premier Lawrence Gonzi, dass die Ratifizierung reibungslos verlaufen wird, hat sich voll auf bestätigt.¹⁷² Obwohl die oppositionelle euroskeptische Labour Party sich zunächst gegen den Verfassungsvertrag ausgesprochen hatte (sie war auch gegen einen EU-Beitritt Maltas), lenkte sie im Vorfeld der Ratifizierung ein. In einer internen Parteiabstimmung entschied sie sich den Verfassungsvertrag zu befürworten.¹⁷³

Öffentliche Meinung:

Laut Eurobarometer (September 2005) befürworteten 49% der Malteser den Verfassungsvertrag und 16% sprachen sich gegen ihn aus. 35% der Malteser zeigten sich zu dieser Frage unentschlossen.¹⁷⁴

¹⁷⁰ Vgl. Rufino, Fillipe: Malta ratifies European constitution, 7.7.2005, www.euobserver.com

¹⁷¹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 43.

¹⁷² Vgl. Ebenda, S. 43.

¹⁷³ Vgl. Rufino, Filipe: Malta ratifies European constitution, a.a.O.

¹⁷⁴ Vgl. Eurobarometer, September 2005, a.a.O., S. 134.

Niederlande

Datum der Ratifizierung:

Nachdem am 25. Januar 2005 auch der niederländische Senat seine Zustimmung erteilt hatte,¹⁷⁵ führte die Niederlande am **1. Juni 2005** zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein Referendum durch.¹⁷⁶ Allerdings war dies nicht mit Erfolg gekrönt, **mehr als 62% der Niederländer lehnten den Verfassungsvertrag ab.**¹⁷⁷

Art der Ratifizierung:

Referendum/Parlamentarische Bestätigung

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Keine Rechtsgrundlage; Parlamentsmehrheit für Einführung eines nicht bindenden Referendums. Aber die Regierung hat beschlossen dessen Ergebnis so zu respektieren als sei es bindend.¹⁷⁸

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Eine Mehrheit des niederländischen Parlaments hatte sich für die Volksabstimmung ausgesprochen. Die Initiative wurde von der Partij van de Arbeid (Labour Party), Groen Links und den regierungsbeteiligten Democraten 66 eingebracht und wurde zusätzlich von der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (auch an der Regierung beteiligt) unterstützt.¹⁷⁹ Einen veränderten Vertragstext betreffend spricht sich Wouter Bos, der Vorsitzende der Partij van de Arbeid (Labour Party), für ein zusätzliches Referendum aus.¹⁸⁰

¹⁷⁵ Vgl. Beunderman, Mark: Dutch Constitution referendum gets final go-ahead, 25.1.2005, www.euobserver.com

¹⁷⁶ Vgl. Vucheva, Elitsa: Dutch referendum date announced, 23.2.2005, www.euobserver.com

¹⁷⁷ Vgl. Auch in den Niederlanden ein klares Nein, in: FAZ vom 2.6.2005, S. 1.

¹⁷⁸ Vgl. Termin für EU-Referendum in den Niederlanden festgelegt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 24.2.2005.

¹⁷⁹ Vgl. The Netherlands likely to hold referendum on EU constitution, 12.9.2003, www.euractiv.com

¹⁸⁰ Vgl. Beunderman, Mark: Dutch PM hopeful demands second treaty referendum, 5.7.2006, www.euobserver.com

Contra:

Die regierenden Christdemokraten hatten sich gegen das konsultative Referendum zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags ausgesprochen. Niederländischer Premierminister Jan Peter Balkenende kündigte jedoch sein Vorhaben an, das Ergebnis zu respektieren.¹⁸¹ Im Juni 2006 sprach sich Premierminister Balkenende gegen ein zweites Referendum zu einem möglichen veränderten Verfassungsvertrag bzw. zu jeglichen neuen EU-Vertragstexten aus: „Referenden sind riskante Angelegenheiten. Wenn man es vermeiden kann, wäre das meine Präferenz.“¹⁸² Im Falle der eventuellen Vorlage eines veränderten Vertragstextes käme das niederländische Parlament unter Druck, ein zweites Referendum abzuhalten.

Positionen zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Die große Mehrheit der Parteien (Democraten 66 - D66, Groen Links – GL, Partij van de Arbeid, Socialistische Partij, Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) sprachen sich für den Verfassungsvertrag aus.

Contra:

Teile der Opposition wie die Liste Pim Fortuyn oder christliche Parteien sowie auch die linken Sozialisten waren gegen die Verfassungsvertrag.¹⁸³ Obwohl die Partij van de Arbeid im Vorfeld des letzten Referendums zu den Verfassungsbefürwortern zählte, ist der Parteivorsitzende Bos dem Vertrag gegenüber sehr kritisch eingestellt. Seine jüngsten Aussagen sprechen dafür, dass eine sozialdemokratische Regierung in den Niederlanden ein etwas unkooperativer europäischer Partner sein könnte.¹⁸⁴

Öffentliche Meinung:

Der Eurobarometerumfrage zu urteilen, waren Anfang des Jahres 2005 noch 63% der Niederländer für den Verfassungsvertrag und nur 11% lehnten ab. 26% zeigten sich noch unent-

schlossen.¹⁸⁵ Kritische Zeitungsartikel aber verwiesen bereits im Februar darauf, dass die Zustimmung keinesfalls als sicher gelten kann, die EU skeptische Haltung in der Bevölkerung würde wachsen.¹⁸⁶ Eine andere Umfrage von Les Echos vom 18. Februar 2005 besagte, dass 42% der Niederländer sich gegen das Projekt, nur 29% dafür aussprechen und 30% unentschieden sind.¹⁸⁷ Die Umfragen vom März und April 2005 zeigten, dass die Verfassungsvertragsbefürworter und seine Gegner noch gleich auf waren, wobei ein Großteil der Niederländer sich weiterhin unentschieden zeigte. Die Regierung musste sich den Vorwurf gefallen lassen, sich nicht genügend für den Verfassungsvertrag eingesetzt zu haben.¹⁸⁸ Durch das Bekannt werden, dass der niederländische Gulden bei der Einführung des Euro zwischen 5-10% unter seinem eigentlichen Wert eingestuft wurde,¹⁸⁹ haben die niederländischen Euroskeptiker noch weiteren Auftrieb bekommen. Mitte Mai bestätigte eine Umfrage den Aufwärtstrend der Verfassungsvertragsgegner. Danach sprachen 54% gegen den und nur 27% für den Verfassungsvertrag aus.¹⁹⁰ Wie auch in Frankreich wurde dieses Votum in aller erster Linie als Abstrafung der niederländischen Regierung gesehen, wobei die Ablehnung des Verfassungsvertrags sogar noch deutlicher ausfiel als in Frankreich. Dem Eurobarometer von Juni 2006 zufolge unterstützen 58% der Niederländer den Verfassungsvertrag. Dies gilt aber nicht als überraschende Meinungsänderung, denn die Teilnahme an der Eurobarometerumfrage entspricht nicht unbedingt der Teilnahme am Referendum im Januar 2005.¹⁹¹ Falls ein neuer Vertragstext eventuell vorge-

¹⁸⁵ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

¹⁸⁶ Vgl. Termin für EU-Referendum in den Niederlanden festgelegt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 24.2.2005, S. 2.; Vote early, vote often, in: The Economist vom 26.2.2005, S. 27.

¹⁸⁷ Vgl. Larroutourom Pierre: Messieurs les Bataves, votez les premiers ..., in: Le Figaro, vom 28.2.2005, S. 11.

¹⁸⁸ Vgl. Nienhuysen, Frank: Die Apathie ist unglaublich, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.4.2005, S. 8; sowie Stroobants, Jean-Pierre: Aux Pays-Bas, les partisans du oui craignent les effets d'un non français, in: Le Monde vom 7.4.2005, S. 6.

¹⁸⁹ Vgl. Beunderman, Mark: Euro row boosts Dutch No camp, 18.5.2005, www.euobserver.com

¹⁹⁰ Vgl. Tiedemann, Elsbeth: Le non néerlandais s'impose dans les sondages, in: Le Figaro vom 24.5.2005.

¹⁹¹ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

¹⁸¹ Vgl. The Netherlands likely to hold referendum on EU constitution, 12.9.2003, www.euractiv.com

¹⁸² Beunderman, Mark: Dutch leader seeks to avoid new EU treaty referendum, 1.6.2006, www.euobserver.com

¹⁸³ Vgl. Termin für EU-Referendum in den Niederlanden festgelegt, in: Neue Zürcher Zeitung vom 24.2.2005.

¹⁸⁴ Vgl. Beunderman, Mark: Dutch PM hopeful demands second treaty referendum, 5.7.2006, www.euobserver.com

schlagen wird, wären 83% der Niederländer für ein wiederholtes Referendum zu dessen Ratifizierung.¹⁹²

Österreich

Datum der Ratifizierung:

Nachdem der Nationalrat am 2. März 2005 einhellig ein Verfassungsgesetz zum Vertrag einbrachte, war der Weg frei, den Verfassungsvertrag in beiden Parlamentskammern zu ratifizieren. Der Nationalrat hat am **11. Mai 2005** mit überwältigender Mehrheit von 182 Stimmen von 183 möglichen den Verfassungsvertrag ratifiziert.¹⁹³ Der Bundesrat erteilte seine Zustimmung am **25. Mai**. Lediglich 3 Abgeordnete der FPÖ und BZÖ stimmten im Bundesrat dagegen.¹⁹⁴ Anlässlich eines informellen Treffens der EU-Außenminister Ende Mai 2006 in Klosterneuburg betonte Außenministerin Ursula Plassnik die Fortschritte der österreichischen Ratspräsidentschaft: „Die verlängerte Schrecksekunde des Jahres 2005 hat uns jetzt zu einer vernünftigen Diskussion geführt. Das war von Anfang an keine Selbstverständlichkeit.“¹⁹⁵ Es sei den Österreichern gelungen, alle 25 Mitgliedstaaten um einen Tisch zu versammeln, um die Zukunftsdebatte der EU wieder aufzunehmen.¹⁹⁶

Im Juni 2006 auf dem Schlussgipfel zu seiner Ratspräsidentschaft verdeutlichte Kanzler Wolfgang Schüssel die europäische Einigung über den Verfassungsvertrag: „Es besteht auch Übereinstimmung, dass die Substanz des Verfassungsvertrags gut ist und am Leben erhalten werden soll.“ Zur Reflexionsphase sagte Schüssel: „Diese Kommunikation mit den Bürgern Europas muss fortgesetzt werden.“¹⁹⁷ Demnach ist die Reflexionsphase auf ein Jahr verlängert

worden, in dem eine intensive Diskussion sowie ungefähr 30 Kommunikationsprojekte durchzuführen sind.¹⁹⁸

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Obligatorisches Referendum bei Gesamtänderungen der Verfassung;

Fakultatives Referendum bei Teiländerungen; Fakultatives, konsultatives Referendum bei Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung; Auslösung jeweils durch das Parlament.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Grüne und SPÖ hatten sich für ein Referendum ausgesprochen. Allerdings hätten sie ein europaweites Referendum bevorzugt. Ein solches hätte auch die Regierung unter Bundeskanzler Schüssel unterstützt.¹⁹⁹ Nur die FPÖ unter Jörg Haider setzte sich in jedem Fall für eine nationale Volksbefragung ein.²⁰⁰

Contra:

Da ein europaweites Referendum nicht zustande gekommen ist, hat sich die Regierung gegen ein nationales Referendum entschieden.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Alle im Parlament vertretenen Parteien befürworteten den Verfassungsvertrag.

Öffentliche Meinung:

Laut Eurobarometer vom September 2005 hätten 47% der Österreicher für den Vertrag gestimmt und 34% dagegen. Der Rest (20%)

¹⁹² Vgl. Beunderman, Mark: Dutch leader seeks to avoid new EU treaty referendum, 1.6.2006, a.a.O.

¹⁹³ Vgl. Mahony, Honor: Austrian lower house ratifies EU Constitution, 11.5.2005, www.euobserver.com

¹⁹⁴ Vgl. Österreich ratifiziert EU-Verfassung, in: FAZ.net vom 25. Mai 2005.

¹⁹⁵ Österreich 2006: Präsidentschaft der Europäischen Union, Plassnik: Erste Bausteine für neuen Konsens zur Zukunftsdebatte, 28.5.2006, www.eu2006.at

¹⁹⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁷ Österreich 2006: Präsidentschaft der Europäischen Union, Bundeskanzler Schüssel: Wollen neue Phase der konkreten Resultate und Projekte beginnen, 16.6.2006.

¹⁹⁸ Vgl. EU-Gipfel einigt sich auf Zeitplan für Verfassungsdiskussion Fünfte Zusammenfassung (weitgehend neu), 15.6.2006, www.finanzen.de

¹⁹⁹ Vgl. Österreich: Weg frei für die EU-Verfassung, in: Die Presse.com vom 3.3.2005.

²⁰⁰ Vgl. Kontroverse um die EU-Verfassung in Wien, Haider fordert Volksabstimmung – und krebst zurück, in: Neue Zürcher Zeitung vom 11.5.2005, S. 3.

zeigte sich noch unentschlossen.²⁰¹ Das Konzept eines EU-Verfassungsvertrags befürworteten nach der jüngsten Eurobarometer Umfrage vom Juli 2006 44% der Österreicher, 34% lehnen es ab und 21% sind unentschlossen.²⁰²

Polen

Datum der Ratifizierung:

Ein feststehendes Datum für ein Referendum wurde nicht vereinbart. Es gab lediglich einen gewissen Grundkonsens in der polnischen Regierung, das Referendum zusammen mit der Präsidentschaftswahl durchzuführen. (anfänglich für den 25. September und später auf den 9. Oktober festgelegt).²⁰³ Am 21. Juni erklärte der polnische Präsident Kwasniewski, dass auch Polen kein Referendum am 9. Oktober abhalten wird.²⁰⁴ Allerdings griff er den österreichischen Vorschlag eines europaweiten Referendums wieder auf und forderte nun eine europaweite Abstimmung, um die Unionskrise zu beenden.²⁰⁵ Indes votierten 189 Abgeordnete zu 180 im polnischen Parlament am 6. Juli für die Einfrierung des Ratifizierungsprozesses in Polen.²⁰⁶ Im Mai 2006 erklärte Außenministerin Anna Fotyga, dass Polen sich nicht beeile, den Verfassungsvertrag zu ratifizieren, und die Reflexionsphase werde in vollem Umfang ausgenutzt.²⁰⁷ Nach einem zweitägigen Gipfel in Brüssel im Juni 2006 drückte Premierminister Kazimierz Marcinkiewicz seine Übereinstimmung mit dem von österreichischer Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen „Time Table“ aus, nach dem die EU eine Lösung zur Verfas-

sungskrise bis Ende 2008 finden soll. Ein mögliches Referendum betreffend sagte Marcinkiewicz nur, dass es eine aktive Debatte in Polen geben würde und eine konkrete Entscheidung über eine Volksabstimmung erst nach zwei Jahren falle.²⁰⁸ Der im Juli 2006 ernannte Premierminister Jaroslaw Kaczynski der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hielt anlässlich seiner parlamentarischen Bestätigung eine Rede, die seinem europaskeptischen antiliberalen Ruf nicht entsprach: „Wir wollen in der EU sein und an allem teilnehmen, was zu einer Lösung der heutigen EU-Krise führt. Dies bedeutet auch die Einführung einer neuen rechtlichen Grundlage.“²⁰⁹

Art der Ratifizierung:

Noch nicht endgültig entschieden

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, bindendes Referendum vorgesehen in drei Fällen: bei Übertragung von Hoheitsgewalt auf supranationale Institutionen (durch Parlamentsinitiative); bei Änderung von Teilen der Verfassung; bei wichtigen Angelegenheiten auf Initiative des Präsidenten, des Senats oder 1/5 der Abgeordneten.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Präsident Aleksander Kwasniewski hatte ein Referendum angekündigt, da der Verfassungsvertrag nicht Gegenstand des politischen Spiels im Parlament werden dürfe. Er ist davon überzeugt, dass mindestens 65% der Polen der Annahme der Verfassung zustimmen würden.²¹⁰ Unterstützt wird er durch die regierende Partei Democratic Left Alliance (SLD). Dies erklärt sich insbesondere daraus, dass die Regierungsparteien nur über eine knappe Mehrheit verfügen, und eine parlamentarische Ratifizierung

²⁰¹ Vgl. Eurobarometer, September 2005, a.a.O., S. 134.

²⁰² Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

²⁰³ Vgl. Poland to hold referendum on EU constitution in September, http://english.people.com.cn/200503/05/print20050305_175664.html Stand: 4.4.2005; Auch Polen erwägt späteres Referendum, in: Handelsblatt vom 8.6.2005, S. 3.

²⁰⁴ Vgl. Rufion, Filipe: Portugal paves the way for future EU referendums, 22.6.2005

www.euobserver.com

²⁰⁵ Vgl. Mahony, Honor: Polish president calls for referendum on EU, 27.6.2005,

www.euobserver.com

²⁰⁶ Vgl. Rettman, Andrew: Poland kicks EU constitution into uncertain future, 6.7.2005,

www.euobserver.com

²⁰⁷ Vgl. Associated Press Worldstream: Poland's new foreign minister says no rush to ratify EU constitution, 17.5.2006.

²⁰⁸ Vgl. BBC Worldwide Monitoring, PAP: Poland to take EU Constitution in "two years"—premier, 16.6.2006.

²⁰⁹ Rettman, Andrew: Poland's new leader sets pro-EU tone, 20.7.2006, www.euobserver.com

²¹⁰ Vgl. Polens Präsident vertraut seinen Bürgern, in: Handelsblatt vom 28.2.2005, S. 6.

eine 2/3 Mehrheit erfordern würde und diese zur Zeit schwer erreichbar scheint.²¹¹

Contra:

Die bürgerliche Opposition von Bürgerplattform (PO) und Recht und Gerechtigkeit (PiS) hatten sich gegen ein Referendum und auch gegen den Verfassungsvertrag ausgesprochen. Sie begrüßten die Verschiebung des Referendums.²¹²

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die SLD und die SDPL, sowie Union of Labour sprechen sich für die Annahme des Verfassungsvertrags aus.

Contra:

Die bürgerlich katholisch konservative Opposition PO und PiS haben sich gegen den Verfassungsvertrag ausgesprochen. Einerseits, weil in der Präambel die Referenz zum Christentum fehlt,²¹³ andererseits der Verfassungsvertrag nach den Referenden in den Niederlanden und Frankreich ein „totes“ Dokument ist. Ihrer Meinung nach ist dies ein schlechter Vertrag und sie setzen sich daher für Neuverhandlungen ein.²¹⁴ Nach dem spanischen Regierungswechsel im März 2004 gab auch das linksdemokratisch geführte Polen seine Blockadeposition hinsichtlich der Abstimmungsregeln auf, dass erst den Abschluss des Verfassungsvertrags am 18. Juni 2004 ermöglichte. Der polnische Präsident Lech Kaczynski setzt sich inzwischen auch gegen den Verfassungsvertrag ein. Das Dokument habe keine Chance, weder durch ein Referendum noch durch das Parlament, ratifiziert zu werden, so Kaczynski. Darüber hinaus fordert er einen dezentralisierten Vertrag, der die Interessen der Mitgliedstaaten intensiver berücksichtigt.²¹⁵

Öffentliche Meinung:

Anfang des Jahres 2005 sprachen sich 68% der Polen für die Annahme des Verfassungsvertrags aus, allerdings wäre ein mögliches Referendum nur dann gültig, wenn mindestens 50% der Polen zur Abstimmung gehen. Allerdings gaben nur 42% der Polen an, auch wirklich zur Wahl zu gehen.²¹⁶ Trotz einer sinkenden Zustimmung (im Mai noch durchschnittlich 55%) war die Regierung bis zuletzt zuversichtlich, dass ein mögliches Referendum positiv von der Bevölkerung beschieden würde. Allerdings sanken auch hier nach der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden die Zustimmungswerte auf nur noch 40%. Der Prozentsatz der Gegner stieg von 25 auf 35%.²¹⁷

Nachdem das Referendum ausgesetzt ist und nach dem Sieg der EU-skeptischen Parteien bei den Parlamentswahlen im September 2005,²¹⁸ könnte der Verfassungsvertrag nach Frankreich und den Niederlanden auch in Polen scheitern, wenn die bürgerlichen Parteien eine 2/3 Mehrheit gegen die Ratifizierung aufbringen könnten bzw. ein mögliches Referendum den Verfassungsvertrag negativ bescheidet. In letzter Zeit schien es aber, eine gewisse Unstimmigkeit zwischen dem polnischen Volk und seiner euroskeptischen Regierung zu geben. Laut einem Bericht des polnischen Institute of Public Affairs (ISP) befürworten 64% der Polen die EU Mitgliedschaft und 68% den Verfassungsvertrag. 52% unterstützen die Idee eines europäischen Außenministers und 52% sprechen sich für gemeinsame europäische Streitkräfte aus. Der ISP-Bericht kritisiert das Schweigen der polnischen Regierung zu europapolitischen Themen. 56% der Polen halten sich dementsprechend für uninformatiert über den Verfassungsvertrag.²¹⁹

Laut Eurobarometer vom Juni 2006 sind 58% der Polen für den Verfassungsvertrag, 21% sind dagegen und 21% zeigen sich zur Frage unentschlossen.²²⁰

²¹¹ Vgl. Carter, Richard: Poland pushes back election over Constitution fears, 1.2.2005, www.euobserver.com

²¹² Vgl. Raabe, Stephan: Polen drei Monate vor den Wahlen, KAS Länderberichte 7.7.2005.

²¹³ Vgl. Kurpas/Incerti/Schönlaue: What prospects for the European Constitutional Treaty?, a.a.O., S. 5.

²¹⁴ Vgl. Raabe: Polen drei Monate, a.a.O.

²¹⁵ Vgl. Beunderman, Mark: 'No Chance' for EU constitution in Poland, Kaczynski says, 24.2.2006, www.euobserver.com

²¹⁶ Vgl. http://www.cbos.pl/Opinia/2004/11_2004.pdf Stand 2.2.2005.

²¹⁷ Vgl. Poland wants EU referendum despite French, Dutch 'no', 2.6.2005, www.Eubusiness.com; Poland loses taste for EU constitution after French, Dutch reject it, 8.6.2005, www.eubusiness.com

²¹⁸ Vgl. Raabe: Polen drei Monate, a.a.O.

²¹⁹ Vgl. Instytut Spraw Publicznych: Polish public opinion on the European Union and the constitutional treaty, 8.6.2006, www.isp.org/pl

²²⁰ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

Portugal

Datum der Ratifizierung:

Trotz der verfassungsrechtlichen Hürde (seit dem 22. Juni 2005 geändert) hatte Premierminister Pedro Lopes angekündigt, ein Referendum im April 2005 zu organisieren.²²¹ Allerdings hat die aus der Parlamentswahl vom 20. Februar 2005 hervorgegangene neue Regierung unter José Socrates den Termin des Referendums in den Herbst 2005 verschoben. Eine Änderung der portugiesischen Verfassung war vorher notwendig. Es sollte voraussichtlich nun zusammen mit den Kommunalwahlen in Portugal durchgeführt.²²² Allerdings hat auch Portugal aufgrund des französischen und niederländischen Neins sein Referendum auf unbestimmte Zeit verschoben.²²³ Da die portugiesische Ratspräsidentschaft im Juli 2007 beginnt, hat Premierminister Socrates es sich vorgenommen, den Verfassungsvertrag neu zu beleben.²²⁴ Er äußerte auch die Meinung, dass der Verfassungsvertrag keineswegs tot sei und die EU sich auf einen Text einigen müsse. Socrates wies allerdings darauf hin, dass die EU eine Umformulierung des Vertragstextes akzeptieren muss, bevor er ihn dem Volk in einem Referendum vorstellen kann.²²⁵

Art der Ratifizierung:

Referendum

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Im Vorfeld des französischen bzw. niederländischen Referendums wurde ein Referendum zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags in Portugal von den regierenden sowie oppositionellen Parteien unterstützt.²²⁶

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives Referendum (Auslösung durch Staatspräsident auf Vorschlag von Regierung/Parlament; oder durch Bürgerinitiative); bei Beteiligung von mindestens 50 % der Wahlberechtigten bindend.

Ausschluss von Referenden bei internationalen Verträgen.²²⁷

Das portugiesische Parlament hat am 22. Juni 2005 die Änderung der Verfassung verabschiedet, dass Volksabstimmungen nun auch für EU-Verträge möglich sind.²²⁸

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Sowohl die Regierung (Social Democratic Party-PSD) als auch die Mehrheit der Oppositionsparteien (wie Socialist Party u.a.) sprechen sich für die Annahme des Textes aus.

Contra:

Nur zwei extrem linke Flügelparteien (PCP und BE) verweigern dem Verfassungsvertrag ihren Zuspruch.²²⁹

Öffentliche Meinung:

Umfragen aus dem Jahr 2004 zufolge sprachen sich 57% der Portugiesen für den Vertragstext aus.²³⁰ Aber nach dem französischen und dem niederländischen Referendum war auch hier der Vorsprung der Befürworter nur noch hauchdünn. Eine Umfrage im Auftrag der Zeitung Expresso vom 10. Juni 2005 sprachen sich 50,8% für und 49,2% gegen den Verfassungsvertrag aus.²³¹ Der im Juni 2006 veröffentlichten Eurobarometerumfrage zufolge unterstützen 55% der Portugiesen den Verfassungsvertrag, 13% lehnen ihn ab und 32% zeigen sich noch unentschlossen.²³²

²²¹ Vgl. Kurpas/Incerti/Schönlau: What prospects for the European Constitutional Treaty?, a.a.O., S. 4.

²²² Vgl. Kubosova, Lucia: Portugal to vote on EU Constitution in December, 14.3.2005, www.euobserver.com

²²³ Vgl. Bulletin Quotidien Europe No. 8971, 18.6.2005, S. 6.

²²⁴ Vgl. Agence France Presse: Portugal wants to revive EU constitution: premier, 20.12.2005.

²²⁵ Vgl. Associated Press Worldstream: Finnish, Portuguese PMs upbeat on EU constitution, 6.3.2006.

²²⁶ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 2 January 2006, a.a.O., S. 86.

²²⁷ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 50.

²²⁸ Vgl. Rufino, Filipe: Portugal paves the way for future EU referendums, 22.6.2005, www.euobserver.com

²²⁹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 50.

²³⁰ Vgl. Ebenda, S. 50.

²³¹ Vgl. Wallström rechnet nicht mit Referendum in Dänemark, 10.6.2005, www.spiegel-online.de

²³² Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

Rumänien

Datum der Ratifizierung:

Am **17. Mai 2005** haben die zwei Kammern des rumänischen Parlaments einstimmig den Beitrittsvertrag zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Republik Bulgarien und Rumänien ratifiziert. Wie im Fall Bulgariens sollte Rumänien ebenfalls Vertragspartei der Verfassung zum Tag seines Beitritts werden.²³³ Wenn der Verfassungsvertrag noch nicht in Kraft getreten ist, dann gelten sämtliche Verträge, auf denen die EU beruht.²³⁴ Beim Inkrafttreten nach dem Beitritt Rumäniens gilt der Verfassungsvertrag auch in Rumänien ohne eine Zusatzratifizierung.²³⁵ Insofern hat das rumänische Parlament dem Verfassungsvertrag zugestimmt, indem es seinen EU-Beitrittsvertrag ratifizierte.

Art der Ratifizierung:

Ratifizierung des Verfassungsvertrags erfolgte durch parlamentarische Ratifizierung des Beitrittsvertrags.

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Referenden zu Fragen des nationalen Interesses auf Beschluss des Präsidenten mit parlamentarischer Konsultation möglich.²³⁶

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Am 23. März schlug Mircea Geoana, Ex-Außenminister und Vorsitzender der Außenpolitischen Kommission des Senats, die Idee eines Referendums zum EU-Beitritt vor.²³⁷ Er betonte, dass fast alle neuen Beitrittsländer ihre Beitrittsverträge durch Volkabstimmungen ratifiziert hatten, und dass Rumänien die kom-

plizierte Frage des EU-Beitritts ebenfalls dem Volk stellen sollte.

Contra:

Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen lehnte der Chefunterhandler Vasile Puscas ein Referendum zum EU-Beitritt ab. Für ihn sei ein Referendum überhaupt nicht notwendig, da fast 80% der rumänischen Bevölkerung den EU-Beitritt unterstützte.²³⁸ Nach der parlamentarischen Ratifizierung im Mai 2005 schloss Premierminister Calin Tariceanu ein Referendum aus, denn: „Die Rumänen wollen der EU beitreten.“²³⁹

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Alle im Parlament vertretenen Parteien befürworteten den Verfassungsvertrag, indem sie den rumänischen EU-Beitrittsvertrag unterstützt haben.

Öffentliche Meinung:

Laut Eurobarometer stimmen 68% der Rumänen dem Verfassungsvertrag zu, während nur 7% ihn ablehnen. Allerdings zeigen sich 24% zur Frage des Verfassungsvertrags noch unentschieden.²⁴⁰

Schweden

Datum der Ratifizierung:

Die Regierung hat im Mai 2005 einen Gesetzentwurf dem Parlament präsentiert, um die Ratifikation im Dezember 2005 zu ermöglichen.²⁴¹ Allerdings hat auch die schwedische Regierung im Zuge des Europäischen Gipfels im Juni angekündigt den Ratifizierungsprozess im schwedischen Parlament auszusetzen.²⁴² Eine weitere Fortführung des schwedischen Ratifizierungsprozesses ist vor den Parla-

²³³ Vgl. Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Republik Bulgarien und Rumänien, 21.6.2005, L 157/11: Artikel 1, Absatz 2.

²³⁴ Vgl. Ebenda: Artikel 2, Absatz 1.

²³⁵ Vgl. Ebenda: Artikel 2, Absatz 3.

²³⁶ Vgl. Rumänische Verfassung: Titel III, Kapitel II, Artikel 90, www.cdep.ro/pls/dic/site.page?id=371

²³⁷ Vgl. BBC Monitoring International Reports, Rompres: Ex-foreign minister wants referendum on Romania's EU entry, 23.3.2005.

²³⁸ Vgl. BBC Monitoring International Reports, Mediafax: Chief negotiator for EU rejects idea of referendum on EU entry, 26.7.2004.

²³⁹ Agence France Presse: Romanian parliament ratifies EU accession, 17.5.2005.

²⁴⁰ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

²⁴¹ Vgl. Kirk, Lisbeth: No Swedish referendum on EU Constitution, 9.12.2004, www.euobserver.com

²⁴² Vgl. Bulletin Quotidien Europe No. 8971, 18.6.2005, S. 7.

mentswahlen im September 2006 weiterhin unwahrscheinlich.²⁴³

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, konsultatives Referendum durch Parlamentsbeschluss

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Euroskeptische Junilistan und zwei linke Parteien (Grüne und Linkspartei) sind für eine Volksabstimmung. Sie verfügen jedoch nicht über die erforderlichen Stimmen im schwedischen Parlament von 30% um den Parlamentsbeschluss für die Ansetzung eines Referendums zu erwirken.²⁴⁴

Allerdings scheint sich abzuzeichnen, dass hinsichtlich einer Volksbefragung noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Im März 2005 unterschrieben mehr als 120000 Schweden eine Petition, die die Regierung auffordert, doch ein Referendum abzuhalten. Brisanterweise wurde die Initiative von der Grünen und Linkspartei unterstützt, auf die sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung stützt.²⁴⁵

Darüber hinaus haben einige Mitglieder der regierenden Partei Sozialdemokratien unter Führung von Sören Wibe noch eine andere Initiative gestartet. Unter Berufung auf einen seit 1922 nicht mehr angewendeten Absatz im Parteienstatut ihrer Partei, wollen sie sie zwingen, doch ein Referendum zu initiieren. Danach können 5% der Parteimitglieder (circa 7000) per Petition die Partei zum Abhalten eines Referendum zwingen.²⁴⁶ Umfragen zu-

folge sprechen sich zwei Drittel der Schweden für das Abhalten eines Referendums aus.²⁴⁷

Contra:

SAP (Sozialdemokraten), Zentristische Partei und Liberale Partei haben sich gegen ein Referendum ausgesprochen. Eine parlamentarische Ratifizierung sei völlig ausreichend, da durch den Verfassungsvertrag keine Souveränität zugunsten der EU transferiert wird. Am 8. Dezember 2004 haben die 5 wichtigsten Parteien die parlamentarische Ratifikation beschlossen.²⁴⁸

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

SAP, die Zentristische Partei und die Liberale Partei wollen den Verfassungsvertrag ratifizieren.

Contra:

Die Euroskeptische Junilistan und zwei linke Parteien (Grüne und Linkspartei), die sich auch für ein Referendum eingesetzt haben, lehnen den Verfassungsvertrag ab. Ihrer Meinung nach würde die Verfassung ein erster Schritt zur Gründung eines „Super-Staat“ sein und damit das schwedische Sozial-Modell in seiner Existenz bedrohen.²⁴⁹

Öffentliche Meinung:

Ein Teil der Bevölkerung ist eher europaskeptisch. Eine Ablehnung des Verfassungsvertrags wie im Falle des Referendums zu Euro, wäre nicht unwahrscheinlich.²⁵⁰ Umfragen aus dem Juni 2004 zeigen, dass nur die Hälfte der Bevölkerung den Verfassungsvertrag ratifizieren und 43% ihn ablehnen würde.²⁵¹ Der Eurobarometerumfrage vom Juni 2006 zufolge würden 44% der Schweden den Vertrag befürworten und 34% ihn ablehnen. 22% wären unentschieden.²⁵²

²⁴³ Vgl. Associated Press Worldstream: Sweden's PM wants deadline for ratification of EU constitution extended, 14.6.2005.

²⁴⁴ Vgl. Kurpas/Incerti/Schönlau: What prospects for the European Constitutional Treaty?, a.a.O., S. 8.

²⁴⁵ Vgl. Petition für EU-Referendum in Schweden, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23.3.2005, S. 2.

²⁴⁶ Vgl. Kirk, Lisbeth: Sweden's ruling party in battle over EU poll, 3.5.2005,

www.euobserver.com

²⁴⁷ Vgl. Vgl. Associated Press Worldstream: Swedish poll shows two out of three voters want referendum on EU constitution, 31.5.2005.

²⁴⁸ Vgl. Kirk, Lisbeth: No Swedish referendum on EU Constitution, 9.12.2004, a.a.O.

²⁴⁹ Vgl. Ebenda.

²⁵⁰ Vgl. Ebenda.

²⁵¹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 59.

²⁵² Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

Slowakei

Datum der Ratifizierung:

Am **11. Mai 2005** stimmte die überwiegende Mehrheit sowohl der Regierungs- als auch Oppositionsparteien im slowakischen Parlament für den Verfassungsvertrag. 116 Abgeordnete votierten mit Ja, 27 stimmten dagegen und vier enthielten sich ihrer Stimme.²⁵³

Das Verfassungsgericht hat allerdings den slowakischen Präsidenten Gasparovic gebeten seine Unterschrift unter die parlamentarische Ratifizierung noch auszusetzen, bis das Gericht endgültig über die Klage von 13 Aktivisten entschieden hat.²⁵⁴

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives Referendum in wichtigen Fragen des öffentlichen Interesses; Ein Referendum kann auch angesetzt werden, wenn mindestens 350.000 Slowaken durch eine Unterschriftensammlung dies verlangen.²⁵⁵

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Einer der Koalitionspartner, die Christlich-demokratische Bewegung und eine kleine Oppositionspartei, Ludova unia (People's Union) hatten sich für ein Referendum ausgesprochen.²⁵⁶ Darüber hinaus klagen 13 Aktivisten vor dem slowakischen Verfassungsgericht, dass der Verfassungsvertrag einen Übergang der Slowakei zu einem transnationalen Staat bedeute und daher per Volksabstimmung legitimiert werden müsse. Eine Entscheidung des

Verfassungsgericht wird für Ende dieses Jahres erwartet.²⁵⁷

Contra:

Premierminister Mikulas Dzurinda betrachtet eine Volksabstimmung als nicht notwendig da, das Referendum über den EU-Beitritt hinreichende Grundlage auch für den Verfassungsvertrag sei.²⁵⁸

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die Mehrheit der Parteien sprach sich für die Annahme des Verfassungsvertrags aus.

Contra:

Widerstand gegen den Verfassungsvertrag gab es nur bei der Christlich-demokratischen Bewegung (Mitglied der Vierparteienkoalition) sowie bei der kommunistischen Partei, mit der Begründung das Vertragswerk zielle auf die Schaffung eines europäischen Superstaates und trage zu Erosion der Souveränität der Mitgliedstaaten bei. Bemängelt wurde von christdemokratischer Seite, dass ein Hinweis zu den christlichen Wurzeln fehle.²⁵⁹

Öffentliche Meinung:

Ein Referendum kann noch immer nicht endgültig ausgeschlossen werden. Zum einen bestand die Möglichkeit, dass eine Abstimmung auch vom Volk initiiert hätte werden können, die, falls mehr als 50% der Slowaken daran teilgenommen und die Mehrheit den Vertrag ablehnt hätte, für das Parlament für drei Jahre bindend gewesen wäre.²⁶⁰ Allerdings erschien dies als Szenario wenig realistisch, denn selbst im Falle des Abhaltens eines Referendums stimmten die Zahlen zuversichtlich. Laut Eurobarometerumfrage vom Juli 2006 würden sich 55% für einen Verfassungsvertrag entscheiden und nur 16% dagegen, wobei 26% sich in dieser Frage unentschlossen zeigten.²⁶¹

Zum anderen bleibt abzuwarten, ob das slowakische Verfassungsgericht der Klage der 13 Aktivisten stattgibt und die Ratifizierung des

²⁵³ Vgl. Kubosova, Lucia: Slovakia gives green light to EU constitution, 12.5.2005, www.euobserver.com

²⁵⁴ Vgl. Kubosova, Lucia: Slovakia freezes EU constitution ratification, 15.7.2005, www.euobserver.com

²⁵⁵ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 52.

²⁵⁶ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 52.

²⁵⁷ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 3 July 2006, S. 56.

²⁵⁸ In http://www.unizar.es/euroconstitucion/Treaties/Treaty_Const_Rat_slovakia.htm

²⁵⁹ Vgl. Die Slowakei ratifiziert die EU-Verfassung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 12.5.2005, S. 2.

²⁶⁰ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 52.

²⁶¹ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

slowakischen Parlaments für ungültig erklärt und stattdessen eine Volksbefragung ansetzen lässt. Das Verfassungsgericht hat allerdings nur dann diese Möglichkeit, solange der slowakische Präsident die Ratifikationsurkunde noch nicht unterzeichnet hat.²⁶²

Slowenien

Datum der Ratifizierung:

Slowenien hat als drittes Land den Europäischen Verfassungsvertrag am **1. Februar 2005** ratifiziert. Dabei stimmten 79 Abgeordnete im slowenischen Parlament für den Vertrag. Nur 4 votierten dagegen und 7 enthielten sich ihrer Stimme.²⁶³

Im ersten Halbjahr 2008 übernimmt Slowenien die europäische Ratspräsidentschaft und wird sich allen Erwartungen zufolge intensiv mit der Verfassung beschäftigen. Der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel ist der Ansicht, dass die Kluft zwischen den deutschen und den französischen Ratspräsidentschaften überbrückt werden müsse, um die Verfassungskrise zu lösen. Dafür werde sich Slowenien während seiner Ratspräsidentschaft einsetzen.²⁶⁴

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives, bindendes Referendum bei Verfassungsänderungen auf Parlamentsinitiative.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Contra:

Im Jahr 2004 gab es in Slowenien allein fünf Volksabstimmungen. Aus diesem Grund sah die Regierung davon ab, noch ein Referendum zu organisieren; man habe Angst die Slowenen

damit zu überfordern. Der Beitritt zur EU wurde hoch befürwortet daher sieht man keinen Zwang.²⁶⁵

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die breite Mehrheit der politischen Elite ist für den Verfassungsvertrag, da die slowenischen Forderungen zu „105 ja gar 110% erfüllt worden sein“.²⁶⁶ Das Abstimmungsverhalten des slowenischen Parlaments unterstrich dies deutlich. Außenminister Dimitrij Rupel ist davon überzeugt, dass der Verfassungsvertrag nach den französischen bzw. niederländischen Ablehnungen nicht tot ist, aber eine für alle EU-Mitgliedstaaten akzeptable Formulierung des Vertrages gefunden werden müsse.²⁶⁷ Mangels einer zügigen Ratifizierung des Verfassungsvertrags deutete er auf die Möglichkeit vorläufiger Abkommen hin, um die Effizienz und Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.²⁶⁸ Der Außenminister machte aber die Unterstützung der slowenische Regierung für neuen Schwung im Ratifizierungsprozess deutlich.²⁶⁹ Präsident Janez Drnovsek hat sich ebenfalls für eine Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses ausgesprochen: „Wir müssen den Prozess fortsetzen [...] damit wir einen festen Rahmen für die europäischen Institutionen sowie für zukünftige Erweiterungen einführen.“²⁷⁰

Öffentliche Meinung:

Der Umfrage des Eurobarometers vom Juli 2006 zufolge, befürworten 71% der Slowenen das Konzept eines Verfassungsvertrags und nur 14% lehnen es ab. Der Rest zeigt sich unentschlossen.²⁷¹

²⁶² Vgl. Goldirova, Renata: Renewed uncertainty about EU constitution in Slovakia, 19.7.2005, www.euobserver.com

²⁶³ Vgl. Kubosova, Lucia: Slovenia's parliament says a loud yes to EU Constitution, 2.2.2005 www.euobserver.com

²⁶⁴ Vgl. Rupel: EU Presidency Top Priority of Slovenian Diplomacy, www.eastbusiness.org

²⁶⁵ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 56.

²⁶⁶ Ebenda, S. 53.

²⁶⁷ Vgl. BBC Monitoring, STA: Slovene foreign minister says EU constitution not dead, 27.1.2006.

²⁶⁸ Vgl. BBC Monitoring, STA: Slovene foreign minister calls for interim solution for EU constitution, 15.5.2006.

²⁶⁹ Vgl. BBC Monitoring, STA: Slovenia welcomes Austrian call for new impetus for EU constitution, 28.1.2006.

²⁷⁰ Associated Press Worldstream: Slovenian president urges new effort to ratify EU constitution, 27.3.2006.

²⁷¹ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

Spanien

Datum der Ratifizierung:

Spanien hat als erstes Land **am 20. Februar 2005** über den Verfassungsvertrag per Referendum abgestimmt. Wobei eine überwältigende Mehrheit von **77% sich für den Vertrag aussprach und nur 17% dagegen stimmten**. Die parlamentarische Ratifizierung erfolgte am **28. April**. 311 der 330 Abgeordneten stimmten für den Verfassungsvertrag und 19 dagegen.²⁷² Am **19. Mai 2005** gab auch der spanische Senat seine Zustimmung zum Verfassungsvertrag. 225 Senatoren zu 6 Senatoren verabschiedeten den Verfassungsvertrag.²⁷³

Art der Ratifizierung:

Referendum/Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives nichtbindendes Referendum nach Vorschlag des Ministerpräsidenten und Genehmigung durch den Kongress.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Premierminister Zapatero hatte das Abhalten eines Referendums verkündet und das Datum für den 20. Februar 2005 festgesetzt.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

PSOE (Sozialisten) und Popular Party unterstützen Zapatero und den Verfassungsvertrag.²⁷⁴ Die Konservativen sind an sich auch für den Verfassungsvertrag, da sie ihn eigentlich ausgearbeitet haben, allerdings wollen sie die spanische Regierung nicht offenkundig unterstützen.

²⁷² Vgl. Spaniens Abgeordnete ratifizieren die EU-Verfassung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 29.4.2005, S. 5.

²⁷³ Vgl. Rufino, Filipe: Spain concludes European Constitution ratification process, 19.5.2005, www.euobserver.com

²⁷⁴ Vgl. Spain fires starting gun in EU referendum campaign; 03.02.2005, www.eubusiness.com

Contra:

Die Izquierda Unida (Vereinigte Linke), die linksnationalistischen Katalanen sowie kleine nationale Splitterparteien sind gegen die Verfassung, da diese nicht genügend soziale Fortschritte ausweist, bzw. so eine EU der Staaten statt einer EU der Völker entstehe.²⁷⁵

Öffentliche Meinung:

Eine überwältigende Mehrheit von 77% sprach sich für den Vertrag aus und 17% stimmten dagegen. Kleiner Wermutstropfen war die relativ geringe Wahlbeteiligung von nur 42%.²⁷⁶ Laut der jüngsten Eurobarometerumfrage vom Juli 2006 befürworten 63% der Spanier grundsätzlich das Konzept eines Verfassungsvertrags, während 13% sie ablehnen und 24% unentschieden sind.²⁷⁷

Tschechien

Datum der Ratifizierung:

Während sich Premierminister Stanislav Gross für ein Referendum am gleichen Tag der Parlamentswahlen Tschechiens im Juni 2006 ausgesprochen hat, hat die oppositionelle ODS (die Konservativen) Mitte Januar 2005 einen Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, der die Abhaltung des Referendums noch im Jahre 2005 forderte.²⁷⁸ Aufgrund der Regierungskrise und Wechsel des Premiers war das Abstecken eines möglichen Ratifikationszeitraums nicht möglich. Nach der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden hat auch Tschechien auf dem EU-Gipfel im Juni 2005 erklärt **seinen Ratifizierungsprozess für unbestimmte Zeit auszusetzen**.²⁷⁹

Art der Ratifizierung:

Noch nicht endgültig entschieden

²⁷⁵ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 57.

²⁷⁶ Vgl. Spanier für die Eu-Verfassung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 2. 2005, S. 1.

²⁷⁷ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

²⁷⁸ Vgl. Austrian chancellor warns Czech against rejecting EU constitution, 20.1.2005,

www.eubusiness.com

²⁷⁹ Vgl. Bulletin Quotidien Europe No. 8971, 18.6.2005, S. 6.

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Per Gesetz kann die Durchführung eines bindenden Referendums erwirkt werden. Dieses Gesetz, vorgeschlagen von der Regierung, wird dann vom Parlament diskutiert und verabschiedet.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Inzwischen sprechen sich alle Parteien als auch der europakritische Präsident Václav Klaus für ein Referendum aus.²⁸⁰ Einen offiziellen Beschluss gibt es allerdings noch nicht.

Positionen zum Verfassungsvertrag:

Pro:

Die im Juni 2006 abgewählte Regierungskoalition von Social Democrats, Christian Democrats und Freedom Union sprachen sich für die Annahme des Verfassungsvertrags aus. Sie verfügen allerdings nur über eine knappe Mehrheit im tschechischen Parlament.

Eine parlamentarische Ratifizierung erscheint durch die Mindestzustimmung von 60% in beiden Häusern schwierig.²⁸¹ Die Annahme des Verfassungsvertrags in Tschechien zu erreichen, wäre eine Volksabstimmung der „sichere“ Weg.

Contra:

Die stärkste Partei im Parlament ODS (Civic Democrats) und die Kommunisten plädieren gegen den Verfassungsvertrag. Auch der tschechische Präsident Václav Klaus (Gründer der ODS) hat sich gegen die Verfassung ausgesprochen, da sie die nationale Souveränität beschneide. Zudem hat er das Verfassungsgericht angerufen, um zu klären, welche Artikel der tschechischen Verfassung geändert werden müssten, um den Verfassungsvertrag ratifizieren zu können.²⁸² Er unterstützt aktiv die Kampagne der Verfassungsvertragsgegner.²⁸³ Nach der Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden

sagte der Präsident sogar, der Verfassungsvertrag sei keine aktuelle Angelegenheit mehr und stehe nicht auf der Tagesordnung in der Tschechischen Republik.²⁸⁴

Öffentliche Meinung:

Obwohl eine Ablehnung durch die Bevölkerung noch immer befürchtet wird, zeigten Umfragen jedoch, dass die Mehrheit der Tschechen sich bisher für den Verfassungsvertrag aussprach. Eurobarometer (Januar 2005) zufolge waren 39% für den Verfassungsvertrag und 20% dagegen. Allerdings zeigten sich noch 42% unentschlossen.²⁸⁵ Eine tschechische Umfrage vom Mai 2005 unterstützte die Tendenz einer stabilen Mehrheit. Danach hätten 51% im Referendum für den Verfassungsvertrag gestimmt und 25% dagegen. Auch die Zahl der Unentschlossenen war stark gesunken und lag bei 23%.²⁸⁶

Allerdings schlug auch hier die Stimmung nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden um. Einer Umfrage der unabhängigen STEM agency im August 2005 zufolge, sprachen sich 40% gegen die Wiederaufnahme des Ratifizierungsprozesses und nur 25% befürworteten ihn,²⁸⁷ was Rückschlüsse auf eine verstärkte Ablehnung des Verfassungsvertrags in der Bevölkerung zulässt. Das Eurobarometer von Juni 2006 deutet aber darauf hin, dass 39% der Tschechen den Verfassungsvertrag unterstützen, 36% ihn ablehnen und 25% sich unentschlossen zeigen.²⁸⁸

Ungarn

Datum der Ratifizierung:

Ungarn hat als zweiter Mitgliedstaat den Verfassungsvertrag am **20. Dezember 2004** ratifiziert. Dabei stimmten 304 Abgeordnete dafür und neun votierten dagegen.

²⁸⁰ Vgl. Kurpas/Incerti/Schönlau: What prospects for the European Constitutional Treaty?, a.a.O., S. 5.

²⁸¹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 15.

²⁸² Vgl. Kubosova, Lucia: Czech president calls on experts to check EU Constitution, 3.2.2005, www.euobserver.com

²⁸³ Vgl. Plichta, Martin: Le président tchèque, l'ultralibéral Vaclav Klaus, fait campagne pour le non, in: Le Monde vom 9.4.2005, S. 7.

²⁸⁴ Vgl. EU constitution 'not on the agenda' for Czech Republic, president says, 23.5.2006, www.afx.com

²⁸⁵ Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

²⁸⁶ Vgl. Kubosova, Lucia: Majority of Czechs and Danes back EU Constitution, 23.5.2005, www.euobserver.com

²⁸⁷ Vgl. Kubosova, Lucia: Czechs against continued ratification of EU constitution, 19.8.2005, www.euobserver.com

²⁸⁸ Vgl. Eurobarometer, Juni 2006, a.a.O., S. 378.

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Fakultatives Referendum auf Initiative des Parlaments oder des Präsidenten; Anordnung per Gesetz.

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Nur eine der vier Parlamentsparteien die Alliance of Free Democrats hatte sich für eine Ratifizierung per Referendum ausgesprochen.²⁸⁹

Positionen zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Alle Parteien im ungarischen Parlament unterstützten den Verfassungsvertrag.²⁹⁰ Präsident Laszlo Solyom hat neulich seine Unterstützung für den Verfassungsvertrag ausgesprochen, indem er alle Mitgliedstaaten aufrief, den Verfassungsvertrag zu ratifizieren, insbesondere um sich einstimmig in der Außenpolitik verhalten zu können.²⁹¹

Öffentliche Meinung:

Auch 60% der Bevölkerung befürworteten den Vertrag und nur 9% waren dagegen. 31% zeigten hinsichtlich dieser Frage unentschieden.²⁹² In der Eurobarometerumfrage vom Juli 2006 unterstützten 78% der Ungarn das grundsätzliche Konzept eines europäischen Verfassungsvertrags, 8% lehnten es ab und 15% hatten keine Meinung gebildet.²⁹³

²⁸⁹ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 32.

²⁹⁰ Vgl. Ebenda, S. 32.

²⁹¹ Agence France Presse: Hungary urges Estonia, rest of EU to ratify constitution, 27.3.06.

²⁹² Vgl. Special Eurobarometer, Januar 2005, a.a.O., S. 10.

²⁹³ Vgl. Eurobarometer, Juli 2006, a.a.O., S. 62.

Zypern**Datum der Ratifizierung:**

Das zypriotische Parlament hat den Verfassungsvertrag am **30. Juni 2005** ratifiziert.²⁹⁴ Ungeachtet der Aussetzung des Ratifizierungsprozesses in anderen Staaten votierten 30 Abgeordnete in einer zweitägigen Sondersitzung für den Verfassungsvertrag; 19 stimmten dagegen und einer enthielt sich der Stimme.²⁹⁵

Art der Ratifizierung:

Parlamentarisch

Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Durchführung eines Referendums im nationalen Rahmen:

Keine Rechtsgrundlage

Positionen zur Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag:**Contra:**

Alle politischen Parteien lehnten ein Referendum ab.

Positionen zum Verfassungsvertrag:**Pro:**

Die Mehrheit der Parteien befürwortete den Verfassungsvertrag. Die parlamentarische Ratifizierung galt als reine Formalität.²⁹⁶

Contra:

Nur die sozialistische – aber gleichzeitig größte Partei im zypriotischen Parlament (20 Sitze) – AKEL lehnte den Verfassungsvertrag ab. Allerdings verfügte sie nicht über die notwendige Mehrheit von 29 Sitzen, um die Ratifizierung im Parlament scheitern zu lassen.²⁹⁷

Öffentliche Meinung:

Der Verfassungsvertrag in Zypern schien nie wirklich Gegenstand einer öffentlichen Dis-

²⁹⁴ Vgl. Vucheva, Elitsa: Belgian parliament endorses EU constitution, 20.5.2005, www.euobserver.com

²⁹⁵ Vgl. Vucheva, Elitsa: Cyprus ratifies EU constitution, 1.7.2005, www.euobserver.com

²⁹⁶ Vgl. Institut für Europäische Politik: EU-25 Watch, No. 1 December 2004, a.a.O., S. 17.

²⁹⁷ Vgl. Vucheva: Belgian parliament endorses EU constitution, a.a.O.

kussion zu sein. Laut der Eurobarometerstudie vom September 2005 befürworteten 44% der Zyprioten den Verfassungsvertrag, 10% lehnten ihn ab und 45% hatten zu diesem Thema keine Meinung.²⁹⁸

Dieser Beitrag entstand im Rahrem des Forschungsprojekts „Ein Europa der Bürger – Verfassung und effiziente Politik“, das gemeinsam vom Institut für Europäische Politik (IEP) und der ASKO Europa-Stiftung durchgeführt wird.

Impressum

© Institut für Europäische Politik
Bundesallee 22
10717 Berlin
Tel: 030 - 88 91 34 – 0
Fax: 030 - 88 91 34 – 99
Email: info@iep-berlin.de
Internet: www.iep-berlin.de



Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist ein strategischer Partner der Europäischen Kommission und wird von ihr finanziell unterstützt. Für die Inhalte zeichnet alleine das IEP verantwortlich.

²⁹⁸ Vgl. Eurobarometer, September 2005, a.a.O., S. 146.